DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 160, Samstag, 27. Januar 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand

Lob der Mistgabel



Titelcollage: Feuerstacke/DW

Einst holten die Bürger, wehrhaft und stolz, die Mistgabel aus der Scheune, wenn die Obrigkeit mal wieder etwas beschlossen hatte, was ihren gebündelten Unmut und geballten Unwillen hervorrief.

Sie zogen damit vor das Rathaus, die Zacken nach oben gerichtet, und pochten mit dem starken Stile aus festem Eichenholz auf den Boden, so dass es den Ratsherren drinnen angst und bange wurde. Wie Mist an den Zacken aufgegabelt und durchspießt zu werden, darauf hatten sie wenig Lust – und so besannen sie sich noch einmal, um dem Unmut der Bürger zu entrinnen.

Und falls sie doch einmal die Ordnungskräfte auf die Bürger losschickten, so hielten diese ihnen warnend die spitzen Eisenzacken der Mistgabel entgegen, um sie sich vom Leibe zu halten. Das wirkte und verdarb ihnen die Lust an allen Übergriffen – denn wer wollte schon eine Mistgabel in seinem Hals oder Bauch stecken sehen? – Und so zogen die wehrhaften und stolzen Bürger wieder von dannen, nachdem sie der Obrigkeit klargemacht hatten, wo der Hammer hängt – was sie mit sich machen ließen und was nicht.

Heute ist der wehrhafte und stolze Bürger verschwunden: Es gibt ihn nicht mehr. An seine Stelle hat sich die Rede von »wehrhafter Demokratie« gemogelt, die nichts anderes bedeutet, als die Gegnerschaft der Staatsmacht gegen das selbstbewußte Bürgertum. Sie bezeichnet den wehrlosen Bürger, der seine Mistgabel bei der Obrigkeit abgegeben hat und nun von ihr nach Belieben auf den Misthaufen geworfen wird, wo immer er dem politischen Mist entgegenzutreten wagt.

Bürger! Bewehrt Euch! Entmistet die Rathäuser und Parlamente! Kauft Mistgabeln! Zieht vor die Rathäuser und Parlamente!

Pocht gewaltig auf den Boden und zeigt ihnen die spitzen Zacken! Dann wird es auch die polizeilichen Übergriffe gegen Wehrlose nicht mehr geben! Ein Hoch der Mistgabel – diesem herrlichen Abzeichen wehrhaften und stolzen Bürgertums! Lang lebe die Mistgabel! (Rudolf Brandner)

⊙ Weiter auf Seite 4 ⊙ Demokalender Seite 6

INHALT DW160

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 160. Ausgabe ab Samstag, 27. Januar 2024. | Redaktionsschluss war am 25. Januar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir



Sprachrohr der Bauern

Der Preis der Republik geht an Landwirt Anthony Lee.
LAUDATIO von Klaus Müller

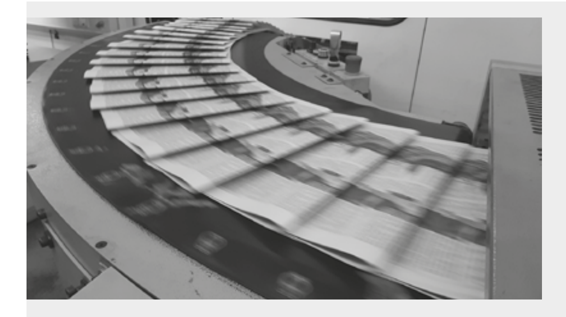
Anthony Lee, Sohn eines britischen Offiziers, gelernter Kfz-Mechaniker, war einst Soldat, dann Polizist, ehe er in einen bäuerlichen Betrieb im niedersächsischen Rinteln einheiratete und eine Ausbildung zum Landwirt absolvierte. Eine gute Entscheidung, denn einen wie ihn haben seine Berufskollegen in diesen Zeiten dringend nötig.

Stirbt der Bauer, stirbt das Dorf! Die Marschrichtung der Politik ist klar, die Agenda 2030 längst kein Geheimnis mehr (siehe Seiten 9/10). »Die Landwirtschaft soll abgewickelt werden«, weiß Anthony Lee, »aber das werden wir nicht zulassen«, kündigte er im DW (Ausgabe 159) kämpferisch an. Was folgte, war ein riesiger Protest, der am 15. Januar in Berlin seinen bisherigen Höhepunkt fand. Während Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbands, gerne mit Politik und Wirtschaft kuschelt und in Anbetracht der Unmutsbekundungen gegenüber Finanzminister Christian Lindner es für nötig erachtete, die Bauern an ihre gute Kinderstube zu erinnern, schlug Lee, Sprecher von »Landwirtschaft verbindet Deutschland«, auf der Bühne ganz andere Worte an. »Moin, ich habe die Schnauze voll«, begrüßte er seine Mitstreiter. »Wir stehen hier, weil es um unseren blanken Arsch geht.«

Lee (hat 110.000 Facebook-*Follower*) ist ein Mann, der Klartext spricht, keinem Streit aus dem Weg geht und es versteht, mit emotionalen Reden die Massen mitzureißen. Neben der Politik hat der Landwirt längst einen weiteren Gegner ausgemacht: Die »Lückenpresse«. »Sie lässt bewusst Dinge weg, um andere zu diffamieren«, hat Lee erkannt und appelliert an die Kollegen: »Es muss euch scheißegal sein, was sie sagen. Wir stehen als lupenreine Demokraten zusammen.« Der 47-Jährige fordert einen radikalen Kurswechsel der Politik. Erfolge dieser nicht, müsse die Ampel weg. Und wie? »Wir brauchen drei Millionen Menschen auf der Straße. Die haben wir. Denn 80 Prozent haben die Schnauze voll von der Ampel. Das sind ein bisschen mehr als drei Millionen.« Recht hat er. Glückwunsch zu diesem Preis!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN LANDWIRT ANTHONY LEE. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert., Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Letzte Motive aus einer verwunschenen Zeit

EINWURF von Werner Köhne

68

in jenen Tagen
ein Himmel voll Straßenstaub
und flüchtiger Verschmelzung
viel zu nah am Ver – Wünschen
die sich nie schließende Wunde
Gesichtszüge zu früh erstarrt
eine Platte, die sich dreht
eine Nadel, die aufhüpft und zurückspringt
ein zehrendes Gitarrenriff
Erinnerungen an einen
langgezogenen Schrei
an ein hässliches Entlein auf einem
Bahnhof in Denver
oder war es Beton Rouge ?
die maskenhafte Vergröberung eines
Passanten im Vexierspiegel--
bin ich's?

letzte Allegorien

eine Geschichtswüste
eine Abstellkammer der Hoffnung
ein leicht geöffnetes Auge, das langsam
vereist
die Wahrheit blau gefrorn im Winkelmund
eine Hitze abgelodert
ein Traum abgefackelt

ein letztes Bild

einmal da war kein Ende
da löschte niemand das Licht
unter'm Pflaster wogten die Strände
wir fanden die Zukunft nicht



VOSHAAR GEISSELT TODESSPRITZEN

Das Blatt wendet sich: WDR-Impfexperte gibt Schädlichkeit der genomverändernden Injektionsstoffe zu, die ab 2021 vielen Millionen Bundesbürgern als Wundermittel aufgezwungen wurden.

Diese Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 und klärt seither weltführend über die Corona-Lüge, den Maßnahmenterror und die Spritzengenozid auf. Das sind harte Worte, die hier keinesfalls leichtfertig verwendet werden. Es war ein langer Weg des Zweifelns, die Wahrheit herauszuarbeiten (vgl. #DW1 bis #DW159). Das Corona-Regime war und ist ein maßloser Angriff auf den Menschen als solchen. Seit einiger Zeit arbeitet nun auch der mitschuldige Propagandafunk an einer allmählichen Umkehr.



In der TV-Sendung »Lokalzeit aus Duisburg« vom 18. Januar 2023 ließ Voshaar die Bombe auch für das völlig verdummte Mainstream-Publikum platzen: Die Injizierten haben sich zwanghaft begeistert vergiften lassen. Foto: DW

In der Sendung »Lokalzeit« des Gebührensenders *WDR* kam am 8. Januar 2024 der Impfexperte und Lungenfacharzt Dr. Thomas Voshaar zu Wort. Das Gespräch folgte einem Beitrag über Testungen der Impfstoffe. Offenbar plant das BRD-Regime einen Wechsel oder Ausstieg aus den nachgewiesenermaßen schädlichen bis tödlichen Injektionsstoffen, die doch von allen »Verantwortlichen« und einer absolutierten »Wissenschaft« geradezu heilig gesprochen worden waren.

WDR-Moderatorin: Ich könnte mir vorstellen, dass der Eine oder Andere, der auch den MRNA-Wirkstoff bekommen hat, sich jetzt sorgen macht. Können Sie das entkräften oder müssten Sie das unterstützen?

Dr. Voshaar: Wir können das eben leider nicht wirklich entkräften. Es ist so, dass es schon eine Spezifikation für diese Wirkstoffe gibt, und die WHO festgelegt hat, dass in diesen MRNA-Wirkstoffen etwas DNA drin sein darf. Das ist offensichtlich ein Kompromiss. Und diesen Kompromiss ist man ja ganz bewusst eingegangen. Wir wissen aber überhaupt nicht, ob das gut und richtig ist, einen solchen Kompromiss einzugehen, weil es überhaupt keine Untersuchungen gibt. Einfach zu sagen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass diese DNA-Bruchstükke – die ganz klar eine Verunreinigung sind –, eine Bedeutung haben, also eventuell in menschliches Erbgut eingebaut werden, basiert überhaupt nicht auf irgendwelchen Daten. Es gibt dazu keine Untersuchungen.

WDR: Würden Sie sagen, ich schließe mich der Forderung an, dass es Zeit für eine Neubewertung der MRNA-Impfstoffe ist?

Voshaar: Absolut! Wir haben wirklich schon oft gefordert, dass es einen rigorosen Neuanfang braucht, weil man es während der gesamten Pandemie, und auch während der Entwicklung der Impfstoffe wirklich versäumt hat, eine seriöse wissenschaftliche Begleitung zu etablieren.

WDR: Warum glauben Sie, gibt es bislang nur diese Art der Kontrolle der Impftoffe wie im Beitrag, reicht das eigentlich aus?

Voshaar: Das kann man überhaupt gar nicht nachvollziehen! Ich habe natürlich auch nochmal intensiv recherchiert und mein Eindruck ist tatsächlich, dass in Deutschland das Paul-Ehrlich-Institut als verantwortliche Behörde sich überwiegend darauf beschränkt, nachzuprüfen, ob vom Hersteller immer bescheinigt wird, dass man die Messungen an der DNA gemacht hat, und die Menge der DNA bestimmt hat, und selber keine Labore beauftragt hat, diese Messungen vorzunehmen. Vor allem müsste man das auch viel häufiger tun und viel regelmäßiger. Denn es gibt aus den zitierten Laboren schon Hinweise, dass es große Schwankungen zwischen den Chargen gibt. Man kann also zehn Chargen untersuchen, da ist das innerhalb der sogenannten Spezifikation – auch die muss hinterfragt werden. Aber oft kommt es auch zu Überschreitungen.

Die Transmissionsriemen der Umstellung oder Abschaffung der Injektionsstoffe sollen dabei offenbar Wissenschaftler sein, die etwas glaubwürdiger sind, als die in weiten Teilen des Volkes mittlerweile als Lügner und Verbrecher entlarvten Lothar Wieler und Christian Drosten. Trotzdem wird dabei deutlich, dass dieser Wechsel oder Ausstieg dem Spritzenmörderregime hohe Kosten verursachen wird, weil damit zumindest etliche seiner frevelhaften und geplanten Massenverbrechen ans Licht kommen. Hauptziel der Terror-Agenda ist die totalitäre und digitalisierte Kontrolle über jeden einzelnen Menschen. Beim Massengenozid und Unfruchtbarmachung durch »Erlösungsinjektionen« muss das Regime künftig wohl Abstriche machen.

Der Preisträger der Republik, Aufklärer und mehrfache DW-Autor und Interviewpartner Dr. Rolf Kron kommentiert die Erscheinung Voshaars im *WDR* wie folgt: »Das Blatt wendet sich im WDR, der Widerstand war gerechtfertigt! – Wer hätte das gedacht? Impfexperte Dr. Voshaar lässt hier einige *Truth-Bombs* fallen!« (ale)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.671
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.323
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.196
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.864
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.291
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.834
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.229
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	77.018
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	75.211
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	83.711
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	88.017
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	922.365

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

LAUTERBACH WILL GLOBULI STREICHEN

Berlin/DW. Homöopathie zeichne »ein falsches Bild von Wissenschaft«, so Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Januar 2023. Sie soll deshalb laut Plänen des umstrittenen SPD-Politikers nicht mehr als Kassenleistung geführt werden. Es gehe ihm vorrangig nicht um Einsparungen, wird er von der regierungsnahen Tagesschau zitiert, sondern: »Hier geht es ums Prinzip«, so Lauterbach. Politik dürfe »Wissenschaft nicht ignorieren«. Millionen Deutsche schwören auf die Wirkung der Homöopathie. (hes)

BILL GATES UND DIE »IMPFUNGEN«

London/Davos/DW. Es klingt wie eine Drohung: In einem TV-Interview mit dem Sender CNBC TV erklärte Bill Gates, dass die nächsten Generationen von den sogenannten Covid-Impfstoffen eine »längere Wirkungsdauer« haben werden. Was genau er damit meinte, ist unklar. Spritzen sollen dann überflüssig werden, da anstelle von Nadeln dann Pflaster verwendet werden könnten. (kmü)

STÄNDIG NEUE FÄLLE VON »PLÖTZLICH UND UNERWARTET«

Klingwood/Villareal/DW. Die Sportwelt wird weiterhin fast täglich von neuen Todesfällen der Kategorie »Plötzlich und unerwartet« erschüttert. Am 18. Januar starb Ex-Stabhochsprung-Weltmeister Shawn Barber in seinem Haus im US-Bundesstaat Texas. Medizinische Komplikationen sollen zu seinem Tod geführt haben. Ebenfalls am 18. Januar erlitt Leichtathletin Alba Cebrián, eine 3.000 Meter-Hindernisläuferin, im Alter von nur 23 Jahren mitten im Training einen Herzstillstand, ehe sie wenige Tage später am 22. Januar auf der Intensivstation eines Krankenhauses verstarb. Der Präsident von Fußball-Zweitligist Hertha BSC Berlin, Kay Bernstein, verstarb am 16. Januar mit nur 43 Jahren »unerwartet«. Auch das deutsche Eishockey trauert: Der frühere Torwart der Düsseldorfer EG, Carsten Gossmann, ist am 20. Januar mit 49 »plötzlich und unerwartet« verstorben. Zudem brach Sportreporter Mike Dickson, der Tennisstar Novak Djokovic aufgrund dessen »Impfverweigerung« mehrfach diffamiert hatte, während der Berichterstattung über die Australien Open tot zusammen. Er wurde 59. (kmü)

NEBENWIRKUNGEN: AKTUELLE ZAHLEN

Amsterdam/DW. Laut Angaben der europäischen Arzneimittelagentur EMA wurden laut Datenstand vom 18. Januar 2024 insgesamt 28.680 Todesfälle im Zusammenhang mit den Coronaspritzen gemeldet sowie 662.309 schwerwiegende Nebenwirkungen wie Erblinden, Herzinfarkte oder Koma. Kinder sind mit 16.230 schwerwiegenden Nebenwirkungen betroffen. Experten gehen von einer massiven Untererfassung der Nebenwirkungen aus. (hes)

Fortsetzung vom Titel | Von Anselm Lenz

Die kommenden Mistgabeln

Alle zusammen gegen den Faschismus | Eine FORTSETZUNG von Anselm Lenz

»Wenn es keine Aufstände gibt, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter bis es kein Zurück mehr gibt.«

Das Zitat ist von Jean-Claude Juncker. Der EU-Politruck machte bereits im Jahr 1999 in einem Moment rotwein- und schnapsbeseelter Wahrhaftigkeit klar, wie sich die Brüsseler Kaste die Zukunft des Politischen so vorstellt (Nachrichtenillustrierte *Der Spiegel* vom 27. Dezember 1999). Es ist so gekommen.

In einer experimentellen *Online*-Umfrage fragte die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*, »welche dieser zehn Kernkompetenzen des Schweineregimes hat Sie bislang am meisten beeindruckt?« Bis Donnerstag gaben 25 Prozent der Antwort »Angst erzeugen, Zwietracht säen, Schweigespirale, Kinder quälen und das eigene Volk angreifen (lassen)« ihre Stimme. 21 Prozent entfielen auf »Menschen industriell totspritzen oder mit MRNA verstümmeln«, 17 Prozent auf »konzertiert lügen«, 9 Prozent auf »Medienkonzerne gleichschalten«, 8 Prozent auf »Oppositionelle überfallen, verfemen, erpressen, schlagen, wegsperren,



Am 22. Januar 2024 in Lübeck: Demokraten machen klar, was im Jahr 2024 ansteht. Foto: Telegram/DW

Existenzen ruinieren«, ebenfalls 8 Prozent auf »Kriegskredite – Aufrüsten – Kriegslügen – in Kriege stürzen«, 6 Prozent auf »Justiz gleichschalten« und je 2 Prozent auf »Oppositionspolitiker gleichschalten«, »überwachen (Überwachungsstaat und Digitalkonzerne), »bei Wahlen tricksen oder gleich in großem Umfang fälschen«.

Wir Menschen haben also nicht vergessen, was in den zurückliegenden bald vier Jahren seit Ausrufung der Corona-Lüge in der BRD geschehen ist und noch immer geschieht. Der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020, die sich gegen den pervers-massenmörderischen Neofaschismus der Konzerne und Geheimvertragspolitiker wendet und schon heute die größte und langanhaltendste demokratische Erhebung aller Jahrhunderte in der deutschen Geschichte ist, stehen nun auch weitere Demonstrationen »gegen rechts« zur Seite – oder wie haben wir das Auftreten der »Zivilgesellschaft« zu interpretieren? Wo waren die Verteidiger Palästinas auf deutschem Boden, und wo die neuesten Hilfstrüppchen von CDU/CSU bis Linkspartei, als ihre Nachbarn und Kollegen unter der »Corona« segregiert und terrorisiert wurden?

Es geht mit den regierungsseitig mobilisierten einzelnen Demos »gegen rechts« einzig um Parteienproporz und die lange angebahnte Weltkriegsvorbereitung gegen Russland. Die USA sind pleite und in rasantem Niedergang begriffen, müssen expandieren, Beute machen, Tribut absaugen. Als Transmissionsriemen der Verarmungs- und Verteuerungspolitik fungieren in der BRD die Bündnisgrünen: »Deine Armut ist gut für die Umwelt!« Und die CDU steht vor der Ablösung als führende Volkspartei durch die AfD. Da muss man schon mal »die Demokratie retten«, nicht? Da die Ablösung im dysfunktionalen Parteienstaat einkalkuliert ist, sind die eigentlichen Retter – oder Hersteller – der Demokratie nicht Parteien, sondern das Volk selbst, die à la Juncker »mistgabelbewehrt« »auf die Barrikaden« gehen, Volksabstimmungen durchführen und, wenn es sein muss, diese auch umsetzen.

Auf diese Regierung kann man echt pfeifen

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, obwohl das neue Jahr erst vier Wochen alt ist, habe ich schon wieder ein Schleudertrauma – vom ständigen Kopfschütteln. Es ist alles beim Alten: Der Irrsinn in unserem Land geht unvermindert weiter. Wie sollte es auch anders sein, schließlich ist die beliebteste Regierung aller Zeiten, die Ampel des Grauens, immer noch da. Eines aber ist neu: An meinem Auto hängt seit dem 8. Januar ein rot-weißes Flatterband, es identifiziert sich zudem als Traktor. Ob Kinder, wenn sie es sehen, vor lauter Angst nun schreiend davonrennen, Frau Künast?

Ziemlich viel los auf den Straßen Deutschlands. Zunächst demonstrierten die Bauern, Spediteure und Mittelständler. Und zwar so heftig, dass Regierung, Staatsmedien und Konzernpresse mal wieder völlig frei drehten. Plötzlich war von Mistgabelmob und Traktor-RAF die Rede. Jetzt wissen auch die Landwirte, wie es ist, als Querbauern, Reichslandwirte und Ackerleugner diffamiert zu werden. Rechts ist man dieser Tage bereits, wenn man im Restaurant ein Bauernfrühstück bestellt. Ex-*ARD*-Chefredakteur Rainald Becker wetterte auf X sogar, dass Traktorfahren dumm mache. Es ist nur noch zum Fremdschämen.

Um für die nötige Ablenkung zu sorgen, rief man nach dem angeblichen »Geh-Heim«-Treffen, das von *Correctiv* aufgedeckt wurde, zu Demos gegen rechts auf. Hunderttausende *woke* Gutmenschen folgten brav. Ach was, glaubt man den Zahlen, müssen es Millionen Menschen gewesen sein. Mindestens. Spötter – zu denen offenbar auch Hubert Aiwanger (Freie Wähler) gehört, munkeln allerdings, dass die Demos von Linksextremen unterwandert worden seien. Hätte ich nicht gedacht. Apropos *Correctiv*: Das Portal, das sich von Geldern



Schilderdemo am 19. Januar 2024 in Trostberg. Der Widerstand ist dezentral und überall. Foto: Telegram/DW

derer finanziert, für die es völlig unabhängig recherchiert und Fakten *checkt*, fabulierte doch tatsächlich von einer Wannseekonferenz 2.0. Ich bin gespannt, wann wir seitens dieser investigativen Journalisten mit einer Aufdeckung des CumEx-Skandals, der Nord-Stream-Sprengung und Uschi von der Leyens gelöschter Textnachrichten rechnen können. Wie war das noch mit der Hand, die einen füttert?

Dass die Regierung zu Protesten gegen die Opposition aufruft – sind das überhaupt noch Demos? – und sich die Bürger in Massen instrumentalisieren lassen, gibt es wohl nur in Deutschland. Ein weiteres Zeichen dafür, dass wir längst in einem autoritären System angekommen sind. Ich frage mich: Wo waren all diese herzensguten Menschen, die gegen Hass und Hetze, aber für das Töten von AfDlern (so war es tatsächlich auf Plakaten zu lesen) auf die Straßen gingen, bloß während der Plandemie? Und was haben diese Menschenansammlungen nun gebracht? Diese Inszenierung sollte einzig von den tatsächlichen Problemen ablenken und das Volk weiter spalten. »Divide et impera« (dt.: Teile und herrsche), funktioniert immer, wussten schon die Römer. Glaubt man den *Mainstream*-Medien wurde das Ende der AfD eingeläutet. Euphorisch berichten sie vom vermeintlich »größten AfD-Absturz seit zwei Jahren«. Sagenhafte 1,5 Prozent (ja, das Komma an dieser Stelle ist ganz richtig) verliert die Partei laut einer aktuellen Insa-Umfrage, was der linke polit-mediale Komplex selbstverständlich auf die Großproteste zurückführt, nicht aber darauf, dass wegen dem Bündnis Sahra Wagenknecht auch fast alle anderen Parteien Verluste verzeichnen. Bei 21,5 Prozent liegt die AfD derzeit. Da hat Kanzler Olaf Scholz noch einen langen Weg vor sich: Halbieren wollte er die böse Partei. Tatsächlich halbiert hat er seit der Bundestagswahl seine SPD, die bei 13,5 Prozent herumdümpelt. Muss er irgendwas verwechselt haben.

Das Verblödungsniveau von *Bild* & Co nimmt inzwischen dramatische Ausmaße an. Gilt natürlich auch für den ÖRR. Wenn dort zufällige Passanten, Demo-Teilnehmer, Studiozuschauer oder Experten zu Wort kommen, darf man inzwischen fest davon ausgehen, dass es sich um eigene Mitarbeiter oder links-grüne Politiker handelt, die natürlich nicht als solche benannt werden. Nur eines von zahlreichen aktuellen Beispielen: In einem Beitrag des Hessischen Rundfunks über einen der Proteste gegen rechts wurde die vermeintliche Demonstrantin Hadija Haruna-Oelker interviewt – eine Mitarbeiterin des Senders, was – versteht sich – nicht entsprechend gekennzeichnet wurde.

Kommen wir zu unserer politischen Elite: Während sich Finanzminister Christian Lindner als Bauer fühlt, weil seine Frau ein Pferd hat, nahmen sich Scholz, Habeck und Faeser mal Zeit für die wirklich wichtigen Dinge – sie besuchten Spiele der Handball-EM. Auf diese Regierung kann man echt pfeifen. Dachten sich wohl auch die Handballfans, die Scholz und Konsorten lautstark ihre Sympathie entgegenbrachten. Dass die Polit-Marionetten unseres Landes vom Volk stets euphorisch begrüßt werden, kennen sie ja bereits von anderen Auftritten. Man erinnere sich nur an die Bilder vom Kanzler im Flutgebiet. Was für ein freudiger Empfang. Immerhin hatte er nach seinem Peinlich-Besuch in Verden an der Aller, wo er in Halbschuhen durch den Schlamm spazierte, in Sangershausen Gummistiefel dabei. Ich hätte ihm auch locker zugetraut, dass er in Badelatschen daherkommt.

Das neue Jahr fängt furios an. Ich bin mir sicher: Es wird in den kommenden Monaten noch sehr lustig. Stellen Sie, liebe Leser, schon mal das Popcorn bereit! Bis nächste Woche...



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Das deutsche Volk hat die Faxen dicke und fordert in sämtlichen Regionen des Landes die Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes. Hier: Karlsruhe. Foto: Georgi Belickin/DW.



DIE WOKE-PROPAGANDA UND DAS STRAFRECHT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Eine deutsche Staatsanwaltschaft lässt sich als Büttel der Gender-Ideologie einspannen. So etwas darf auf keinen Fall Schule machen!

Folgender Sachverhalt wurde – aus zweiter Hand, aber aus glaubwürdiger Quelle – an mich herangetragen: Eine Frau (im Folgenden: die Beschuldigte) hatte auf ihr Auto den folgenden Satz geschrieben:

»LGBTQ HÄNDE WEG
VON UNSEREN KINDERN«

Die Staatsanwaltschaft sieht darin strafbare Volksverhetzung, vermutlich nach § 130 Abs. 1 Nr. 2 StGB. Sie stellt sich offenbar auf den Standpunkt, dass eine bestimmte Personengruppe wegen ihrer sexuellen Orientierung verleumdet werde, weil die Beschuldigte den Menschen, die zu dieser Gruppe gehörten, sexuelle Übergriffe gegen Kinder unterstelle.

Diese rechtliche Einordnung seitens der Staatsanwaltschaft ist indes rechtlich völlig haltlos.

Nach § 130 Abs. 1 Nr. 2 StGB wird wegen Volksverhetzung bestraft, wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen dessen Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet.

Hat also die Beschuldigte die Personengruppe LGBTQ (wer auch immer das ist, dazu noch weiter unten) wirklich unterstellt, sie würden sexuelle Handlungen an oder mit Kindern vornehmen, und diese Personengruppe auf diese Weise verächtlich gemacht?

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf eine Äußerung erst dann als strafbare Volksverhetzung geahndet werden, wenn andere mögliche Deutungen dieser Äußerung mit überzeugenden Gründen ausgeschlossen werden können.

Wir müssen also fragen, ob man das, was die Beschuldigte mit Malkreide auf ihr Auto geschrieben hat, auch anders interpretieren kann als die Staatsanwaltschaft. O ja, man kann! Es liegt nämlich viel näher, die Äußerung der Beschuldigten im folgenden Sinne zu interpretieren:

1. Die Beschuldigte macht sich große Sorgen, dass Kinder im Kindergarten - oder Grundschulalter mit Botschaften der Sexualerziehung konfrontiert werden, die sie in ihrem psychosozialen Entwicklungsstadium noch nicht verarbeiten können. Mögen diese Botschaften auch mit dem hehren Ziel ausgesendet werden, Kinder frühzeitig für mögliche Diskriminierungsgefahren zu sensibilisieren, so sind die Kinder doch gleichwohl völlig überfordert, wenn sie schon in extrem jungen Jahren mit den Phänomenen Homosexualität, Transsexualität, Transgender oder mit der These konfrontiert werden, es gebe mehr als zwei Geschlechter.

2. Die Beschuldigte macht sich, darauf basierend, außerdem Sorgen, dass besagte Botschaften der Sexualerziehung geeignet sein könnten, die Identifikation der Kinder mit dem Geschlecht zu gefährden, mit dem sie geboren wurden, und damit die geistig-seelische Entwicklung der Kinder beeinträchtigt wird. Das Lehrernetzwerk Schweiz hat sich in er Pressemitteilung vom 23.5.2023 »Keine Beeinflussung unserer Schüler durch Gender- und Woke-Ideologie« mit deutlichen Worten in eben diesem Sinne positioniert.

3. Diese völlig verfrühte Konfrontation der Kinder mit der Sexualerziehung im Allgemeinen und mit den vorgenannten Themen im Besonderen entspricht nun aber den Forderungen der LGBTQ-Lobby. Deren politische Agenda muss sich indes im demokratisch-pluralistischen Meinungskampf den Einwänden ihrer Kritiker stellen. In der hier vertretenen Deutung ist die Äußerung der Beschuldigten daher durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt.

Bereits aus diesen Gründen verbietet es sich, diese Äußerung als Volksverhetzung strafrechtlich zu verfolgen.

Vor dem Hintergrund der hier vorgetragenen Interpretation trifft außerdem die Annahme der Staatsanwaltschaft nicht zu, die Beschuldigte habe die gesamte Personengruppe angegriffen, die mit der abgekürzten Sammelbezeichnung »LGBTQ« angesprochen ist und die offenbar alle Menschen umfasst, die sich entweder keinem Geschlecht zugehörig fühlen oder sich mit ihrem angeborenen Geschlecht nicht identifizieren und/oder die eine andere als eine rein heterosexuelle Orientierung haben. Und schon gar nicht hat die Beschuldigte diese Personengruppe gerade wegen ihrer sexuellen Orientierung angegriffen. Es ist völlig abwegig, zu behaupten, die Beschuldigte unterstelle allen diesen Personen sexuelle Übergriffe auf Kinder.

Vielmehr richtet sich die Kritik der Beschuldigten allein gegen jene Akteure, die lautstark die Indoktrination von Kindern mit ihrer politischen Agenda fordern, und insbesondere gegen den Einfluss dieser Agenda auf Bildungs- und Erziehungsinhalte in Schulen und Kindertagesstätten. Und jene Kritik richtet sich nicht gegen diese Akteure in Person, sondern gegen deren politische Sachziele.

Das Ermittlungsverfahren ist daher unverzüglich nach § 170 Abs. 2 StPO einzustellen. Der Verdacht einer Straftat hat sich offensichtlich nicht erhärtet. Genau genommen hat ein solcher Verdacht niemals bestanden.

MELDUNG

SLOWIK LÄSST LLL-ZUG ANGREIFEN

Berlin/DW. Wegen Palästina-Nationalflagge: Bei der alljährlichen Traditionsdemonstration der Linken für die am 15. Januar 1919 durch Auftragsmörder der SPD getöteten und in den Berliner Landwehrkanal geworfenen Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie für den russischen Revolutionsführer Lenin (»LLL-Demo«) griff das Regime den Demonstrationszug mit Tausenden Teilnehmern an. Ziel des Angriffs der Inlandstruppen von der 34. Einsatzhundertschaft unter dem Kommando der berüchtigten Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik (SPD) waren Fahnenträger. Es kam zu einer erheblichen Anzahl von Verletzten und in der Folge zu weiteren Auseinandersetzungen. Der Trauer- und Traditionszug vom Frankfurter Tor zum Denkmal der Sozialisten findet seit Jahren immer am zweiten Sonntagmorgen im Januar statt. (ale)

WAGENKNECHT, WERTEUNION UND »ECHT GRÜN«

Berlin/DW. Die beliebte Politikerin, Talkshow-Teilnehmerin und Buchautorin Sahra Wagenknecht hat nach langem Anlauf die Gründung ihrer eigenen Partei am 8. Januar im Gebäude der Bundespressekonferenz bekanntgegeben. Die Partei werden bei den drei Landtagswahlen sowie der Europawahl im Jahr 2024 antreten.

Wagenknecht ist selbst zur Vorsitzenden ihrer neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) gewählt worden – in einer Doppelspitze mit der früheren Chefin der Fraktion der Partei Die Linke (PdL) im Bundestag, Amira Mohamed Ali. Dies teilte Mohamed Ali bei der Pressekonferenz mit. Später erklärte der Gatte Wagenknechts und frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, die neue Partei werde unter keinen Umständen mit der AfD koalieren.

Bereits am 4. Januar hatte der frühere BRD-Inlandsgeheimdienstchef, Hans-Georg Maaßen, mit Ex-Degussa-Sprecher Markus Krall den Ausbau des Vereins »Werte-Union« zur eigenständigen Partei bekanntgegeben. Die neue nationalliberale Partei werde allen Wahlen antreten und könne mit der AfD koalieren. Die Werte-Union war als Auskopplung aus der CDU nach der Masseneinwanderung in der BRD im Jahr 2015 entstanden.

Laut zweier DW-Informanten im Apparat der Partei Bündnis 90 / Die Grünen kommt wachsender Unmut über den Nato-Kriegstreiberkurs innerhalb der Partei auf. Sehr prominente frühere Mitglieder und Funktionsträger (w/m) und deren Umfeld sollen demnach noch im Januar die Gründung einer neuen Friedenspartei mit links-liberal-ökologischem Profil bekanntgeben. Antritt zu allen drei Landtagswahlen und zur sogenannten Europawahl solle gewährleistet werden. Die Gründer (m/w) der neuen grünen Partei seien »hochkarätig« und »absolut überraschend«. Das Vorhaben soll seit Ende 2020 im Exil vorbereitet worden sein. 2.000 aktive Unterstützer in der BRD seien bereits dabei. Als möglicher Parteiname sei »Echt Grün / Das Bündnis 24« derzeit der akzeptierte Favorit, so unsere Quellen am zurückliegenden Samstagabend. (bat/ale)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • MasurenalleeBrandenburg
MITTWOCH: 15.00 Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR SachsenEulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
ST.PÖLTEN - A: Mittwoch 19.30 • ORF Regional • Menschheitsfamilie.at
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. • Nachr. Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwisterscholl Platz – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Datum / Uhrzeit	Ort	Art
Sa, 27.1.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 27.1.2024 11-16:50 Uhr	Berlin, P&R Pankow-Heinersdorf	Autokorso
Sa, 27.1.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 27.1.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 27.1.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 27.1.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 27.1.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 27.1.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 27.1.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 28.1.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 29.1.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 29.1.2024 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 29.1.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 29.1.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 29.1.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 29.1.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 29.1.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 29.1.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 29.1.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 29.1.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 30.1.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 30.1.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 30.1.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 30.1.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 30.1.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 31.1.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 31.1.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 31.1.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 31.1.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 31.1.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 31.1.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 31.1.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 31.1.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 31.1.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 31.1.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 1.2.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 1.2.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 1.2.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 1.2.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 1.2.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 1.2.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 1.2.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 1.2.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 1.2.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 1.2.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 2.2.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 3.2.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 3.2.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 3.2.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 3.2.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 3.2.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa,3.2.2024	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus am Konrad-Adenauer-Platz	Demoaufzug
Sa, 3.2.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 3.2.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 3.2.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 5.2.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 7.2.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Sa, 10.2.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



IMMER WIEDER PERU

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Politische Streitthemen gibt es aktuell en masse. Unter anderem geht es dabei auch um die Ausgaben des Bundes verbunden mit kritischen Anmerkungen, in welche Projekte anderer Länder unsere Steuergelder fließen. Gerne wird dabei, um einige Ausgaben besonders fragwürdig erscheinen zu lassen, auf die finanzielle Unterstützung beim Bau von Radwegen in Peru hingewiesen.

Unabhängig davon, ob die erhobenen Vorwürfe vollumfänglich zutreffend sind oder nicht, fallen mir bei der Nennung des flächenmäßig drittgrößten südamerikanischen Staates zwei Dinge spontan ein. Erstens ist es die Fußball-WM 1970 in Mexiko, bei der Deutschland in der Vorrunde am 10. Juni auf Peru traf. Gerd Müller gelang in der ersten Halbzeit ein lupenreiner Hattrick. Zwar konnten die Peruaner noch vor der Pause den Anschlusstreffer erzielen, es blieb aber beim 3:1 für die Deutschen. Und dann erinnere ich mich noch an ein Lied von Katja Ebstein aus dem Jahr 1974. Aus dem Text: »Ein Indiojunge aus Peru, der will leben, so wie du. Er will lieben, doch die Türen bleiben zu, für den Indiojungen aus Peru. Aber bald kann sein Schicksal sich wenden. Und warum glaubt denn keiner daran?«

Nein, bitte jetzt keine Diskussion darüber, ob der Begriff »Indiojunge« passend ist oder doch lieber durch einen neutraleren Begriff ersetzt werden sollte. Vor 50 Jahren ..., hey, es war eben eine andere Zeit. Aber kann es sein, dass Deutschland aufgrund der damaligen fußballerischen Überlegenheit verknüpft mit dem sehr eindringlichen Gesang von Frau Ebstein langfristige Zielvereinbarungen mit Peru getroffen hat, die jetzt zur dortigen Förderung struktureller Maßnahmen wie dem des Radwegebaus führen? Es ist ja nur so ein Gedanke. Hin und wieder lässt die Kenntnis um die Historie bestimmte Verknüpfungen zu.

Die deutsche Nationalmannschaft hat zumindest bis 2014 eine bedeutende Rolle im Weltfußball gespielt. Das 7:1 in Belo Horizonte gegen Gastgeber Brasilien ist legendär. Ob die ausbleibenden Erfolge im Sport gegenteilig zu den Leistungen der Entwicklungshilfe stehen, kann von mir nicht beurteilt werden. Wer einmal Urlaub in Peru macht, sollte jedenfalls ausgedehnte Fahrradtouren einplanen.

Noch eine Ergänzung: In einem Buch zur WM 1970 findet sich zu diesem Spiel folgende Passage: »Hier in Leon (...), bei 50 Grad Wärme, manövrierte die deutsche Mannschaft in der bisher wohl größten Hitzeschlacht einen Gegner aus, der dem Klima weit besser angepasst war.« Tja, das Klima war schon damals ein Thema.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

VOLKSABSTIMMUNGEN AUF BUNDESEBENE SIND MEHR ALS NOTWENDIG

Bürgerinitiative ruft zum Erlass eines Ausführungsgesetzes für Volksentscheide auf | Von Marianne Grimmenstein

Gerade die heutige Zeit zeigt uns, wie notwendig das Mitbestimmen auf Bundesebene wäre. Obwohl das Grundgesetz mit Artikel 20 ganz klar definiert, dass das Volk die Staatsgewalt mit Wahlen und (!) Abstimmungen gleichmäßig ausübt, gibt es nur auf Länderebene neben Wahlen auch Volksgesetzgebung, aber nicht auf Bundesebene, wo die wichtigsten Entscheidungen fallen.

Dafür fehlt bis heute ein Ausführungsgesetz. Um zur Etablierung der Volksentscheide auf Bundesebene das notwendige Ausführungsgesetz zu schaffen, hat die Bürgerinitiative Gemeinwohl-Lobby (www.gemeinwohl-lobby.de) die Initiative ergriffen und eine Vorabstimmung zu einem Ausführungsgesetz für Volksabstimmung auf Bundesebene initiiert. Vier Gesetzentwürfe standen zur Auswahl von vier verschiedenen Gruppierungen: SPD, Die Linke, Mehr Demokratie e. V. (MD) und Bürgerinitiative GemeinwohlLobby (GWL). Fast 3.000 Leute haben an der Vorabstimmung teilgenommen und abgestimmt: 94 Prozent der Teilnehmenden der Vorabstimmung haben für den Gesetzentwurf der GWL votiert.

Damit dieser Gesetzentwurf mit ganz viel Stimmen weiter gestärkt wird, startete die Initiative jetzt eine Petition bei *Open Petition*. Mit einem gestärkten Gesetz will die Bürgerinitiative weitere Schritte gerichtlich zu einem Referendum über das Gesetz vornehmen. Es steht schließlich nirgends im Grundgesetz, dass Volksabstimmungen und Referenden verboten wären.

Um das Recht des Volkes auf Volksentscheide endlich durchzusetzen und so die Politik auf Bundesebene mitgestalten zu können, ruft die Bürgerinitiative jeden auf, mit seiner Unterschrift den Gesetzesvorschlag der GWL zu unterstützen. Viele Bürgerbewegungen und -initiativen auf kommunaler wie auf Landes- und Bundesebene zeigen den Willen der Bevölkerung, sich aktiv für das Gemeinwesen einzusetzen und an seiner Ausgestaltung mitzuwirken. Mit zahlreichen Petitionen wurde deshalb immer wieder versucht, die Einführung der Volksgesetzgebung auf Bundesebene durchzusetzen. Es ging jedoch noch niemals um ein Ausführungsgesetz zur Etablierung der Volksentscheide auf Bundesebene. Die Petition kann man unter dem folgenden Link unterschreiben: https://www.openpetition.de/petition/online/wir-fordern-volksabstimmungen-auf-bundesebene (man kommt zu der Petition und den Gesetzentwürfen auch auf der Seite der Bürgerinitiative gemeinwohl-lobby.de/volksentscheid/).

Die repräsentative Demokratie ist eine Fehlauslegung des Grundgesetzes, wenn damit gemeint ist, die Abstimmungsrechte des Volkes einzuschränken. Die Verfassungsgebung durch das Volk ist im Artikel 146 GG schon klar geregelt. Wenn das Volk eine neue Verfassung beschließen darf, dann ›a maiore ad minus‹ (Schlussfolgerung, die vom Größeren auf das Kleinere schließt) auch ein Bundesgesetz, auch ein Verfassungs-änderndes beziehungsweise Grundgesetz-änderndes. Das Volk ist schließlich der Souverän und oberstes Verfassungsorgan. Im sogenannten Lissabon-Urteil vom 30. Juni 2009 (BVerfG, BvE 2/08) bestätigt das Bundesverfassungsgericht die Unantastbarkeit der Demokratie, also vor allem die Unantastbarkeit von Wahlen und Abstimmungen.

Alle Bereiche, die der parlamentarischen Gesetzgebung zugänglich sind, können auch direktdemokratisch geregelt werden. Handlungsformen hierfür sind insbesondere Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheide sowie Referenden. Diese Formen direkter Bürgerbeteiligung stellen das parlamentarisch-repräsentative System des Grundgesetzes nicht in Frage, sondern ergänzen und gewährleisten es sinnvoll. Das Parlament bleibt für den Regelfall der Ort politischer Auseinandersetzung, der Entscheidung und des Kompromisses. Das Volk als Träger der Staatsgewalt gewinnt aber einen effektiveren Einfluss auf deren Ausübung, indem es das Parlament dazu veranlassen kann, sich mit bestimmten Themen zu befassen, oder indem es selbst unmittelbare Sachentscheidungen trifft.

Selbst die Politik betont immer wieder, dass wir unsere Demokratie nicht nur lebendiger machen, sondern auch stets weiterentwickeln sollten. Ein Mehr an direkter Bürgerbeteiligung führt auch zur Festigung und Belebung der parlamentarischen Demokratie. Eine Schwächung ist nicht zu erwarten. Die Erfahrungen in anderen Staaten, deren Verfassungen Formen direkter Bürgerbeteiligung enthalten, lassen erkennen, dass auch schwierige und komplexe Sachverhalte sachgerecht beurteilt und entschieden werden können.



ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

»Was wissen Sie darüber, wie viele Impfungen wir noch haben, und wie viel Geld insgesamt verschwendet wurde? Was wissen Sie über die verschiedenen Maßnahmen, die nach unserer Meinung die Todesrate wesentlich erhöht haben?«

Am Montag stellte der slowakische Premierminister Robert Fico im Parlament seines Landes vor, mit welchem Programm die Coronakrise und die Maßnahmen in der Slowakei aufgearbeitet werden.

REGIME GEGEN MENSCHEN

Nach den riesigen Demonstrationen der Landwirte griff der BRD-Staat Bauern und Frauen gewaltätig an.
BERICHT und KOMMENTAR von Anselm Lenz

Die neue Demokratiebewegung kennt das: Die Berliner Polizei unter der kriminellen Polizeipräsdentin Barbara Slowik greift vor allem Frauen mit brutaler Gewalt an.

Der gezielte ist eine Terrormethode, um Männer und Frauen bei den Demos zu zermürben. Die Demo-Frauen werden verängstigt, die Demo-Männer stehen als Verlierer da. – Berlin, 15. Januar 2024: Während der Abschlusskundgebung der größten Bauerndemonstration in der Geschichte der letzten Jahre der Bundesrepublik wird eine junge Frau von Schlägerbanden zu Boden gerissen. Ein schwarzer Handschuh legt sich um ihren Mund und reißt ihr mehrfach ins Genick. Dann wird die schmale Frau mit ruckartigen Griffen in Richtung des Berliner Tierparks gezerrt.

Die Täter: Drei Männer und eine Frau unter schwarzen Wollmützen, in billigen, schwarzen Funktionsjacken und dick gepackten Trekking-Hosen plus schwarzen Kappenstiefeln aus Kunststoff. Die Plastikmontur wirkt so abstoßend, wie die das Verhalten der Bande. Die Gang greift die junge Frau, die gerade eben noch ruhig zuhörend auf dem Dach einer Dixi-Plumpstoilette gesessen hatte, ohne Vorwarnung an, zieht sie mit Ruck vom Dach und schleift sie in Richtung der Gebüsche im Tiergarten. Die Frau versucht zu schreien, aber die Bande unterdrückt das mit einem Pressdruck auf Mund und Kinn. Was aus ihr wird, ist zunächst unklar.

Wäre nicht der silbergraue Aufdruck »Polizei« auf den Jacken zu lesen: Ein Überfall von Entführern oder Vergewaltigern. Der einzige rational anzunehmende Grund für den Angriff: Das Regime will den Anblick der Kundgebung verändern, quasi als Regisseur in die nicht voll steuerbare Szenerie eingreifen. Die blonde Frau gibt einen positiven Blickpunkt und Fotomotiv ab, als sie – wie andere auch –, auf dem Dach des Klohäuschen sitzend, mit dem Blick über die Menge Zehntausender Demonstranten der Rede des Finanzministers Christian Lindner (FDP) lauscht – reif für den Titel, zum Beispiel der Bauernzeitung. Das musste per Funk-Fernkommando unmöglich gemacht werden, es sollen keine Erinnerungen an 1989 aufkommen. Etwas geht zu Ende.

Lindner teilt der Masse mit, »ich bin Jäger« und seine Frau habe ein Pferd auf einem Hof stehen, er habe also Kontakt zur Landwirtschaft. Ein absurdes Szenario. Doch im Vergleich zu den Demonstrationen der Demokratiebewegung von Nicht Ohne Uns, der Freedom Parade und vor allem den riesigen Demonstrationen von Querdenken werden die Landwirte von den Banden der berüchtigten Polizeipräsidentin Barbara Slowik noch pfleglich behandelt.

Bekannt wird später, dass das Regime versucht, nach dem Abzug der fast 1.000 Traktoren und an die 80.000 Demonstranten verbliebene Mahnwache auf der Straße des 17. Juni aufzureiben. So werden 25 Brummifahrer bei der Fahrt nach Berlin von der Polizei herausgewunken und unter Androhung von Gewalt zur Umkehr gezwungen, wie Kollege Reitschuster zu berichten weiß.

Es gibt Dutzende von weiteren Berichten über den Versuch des Regimes, die Riesendemo und die Mahnwache kleiner zu kriegen – und die Welt weiß immer mehr Bescheid, wes Geistes Kind dieses neofaschistische deutsche Spritzenmörderregime ist, das sein eigenes Volk einfach als »Nazis« beschimpft, wenn es ihm nicht passt.



Aufschrei und #MeToo... Foto: Bildschirmfoto



»Bei uns im Osten Deutschlands brennt die Luft«

Fortsetzung des Interviews aus DW 159 mit Freiheitsaktivistin Colette Bornkamm-Rink, die nun in die Politik einsteigt | Interview von Klaus Müller

Die Demo-Reden von Colette Bornkamm-Rink aus Aschersleben sind emotional, mitreißend und unterhaltsam. Sie redet frei von der Leber weg und schließt gerne mit einer scherzhaften Botschaft ab. In Gera am 9. Dezember sagte sie in Anspielung auf *ARD*, *ZDF* & Co, dass man bald wohl »urinbetriebene Radios auf den Markt bringen wird, da mit Scheiße betriebene Fernseher seit Jahren bestens funktionieren.«

DW: Mit Ihren Reden würden Sie den Großteil der heutigen Politiker locker in die Tasche stecken. Haben Sie schon mal daran gedacht, in die Politik zu gehen?
Colette Bornkamm-Rink: Ja, wir haben am 9. Juni 2024 in Sachsen-Anhalt Kommunalwahlen. Ich beabsichtige eine Liste aufzustellen und mich als parteilose Kandidatin zur Wahl zu stellen. Es kamen schon AfD-Politiker auf mich zu und zeigten mir Perspektiven auf. Aber mir ist Authentizität ganz wichtig. Ich habe die Befürchtung, dass mir diese abhanden kommen könnte, sobald ich einer Partei beitreten würde.

DW: Eine Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich Neuwahlen. Sie auch?
C.B.-R.: Natürlich wünsche ich mir das Aus der Ampel. Aber eine unionsgeführte Regierung, und zu dieser käme es laut aktuellen Umfragen derzeit bei Neuwahlen, würde unsere Situation nicht im Geringsten zum Positiven verändern. Unser Land steht kurz vor dem Zerfall. Diesen haben die Ampel und die Vorgängerregierung vorsätzlich herbeigeführt. Spätestens in einem Dreivierteljahr sollten dies auch die Allerletzten realisiert haben. Einige lernen eben nur durch Schmerz. Es wäre also sinnvoll, wenn bis zu möglichen Neuwahlen noch ein paar Monate vergehen. Dann sehen die Umfragen nochmal ganz anders aus als heute.

DW: Sie spielen auf die AfD an, oder?
C.B.-R.: Sie ist die einzige echte Oppositionspartei in unserem Land. Würde es sie nicht geben, hätte man uns Widerständler schon längst kollektiv niederknüppeln lassen. Auch die Parteigründung der Werteunion stimmt mich zuversichtlich.

DW: Was halten Sie von den Protesten gegen die AfD?


»Friedenshetzerin«: Colette Bornkamm-Rink erklärt im DW-Interview, dass unser Land »kurz vor dem Zerfall« stehe, dennoch blickt sie optimistisch in die Zukunft. Foto: privat.

C.B.-R.: Diese Gratismut-Veranstaltungen sind eine riesige Farce. 50 Prozent der Teilnehmer sind Beamte. Und plötzlich bekommt man in den Nachrichten manipulierte Fotos präsentiert, auf denen man Menschen über die Alster laufen sieht. Die Medien sind das größte Übel. So war es schon im Dritten Reich. Bei uns im Osten sind die Bilder der Menschenansammlungen nur schwer erträglich, da sie uns stark an die einstigen Demonstrationen vom 1. Mai erinnern. Da waren auch Millionen Menschen ganz freiwillig mit DDR-Fähnchen und geschmückten Fahrrädern auf der Straße.

DW: Viele Menschen haben das Vertrauen ins Parteiensystem verloren. Sie auch?
C.B.-R.: Die Aussage, dass Wahlen nichts bringen, höre ich oft. Dieser Satz wird immer dann lanciert, beispielsweise in den sozialen Medien, wenn die Machthaber Angst haben, dass sich bei den Wahlen etwas verändern könnte. Wenn Wahlen tatsächlich nichts bringen würden, würden die Regierungsparteien nicht jedes Mal den Verfassungsschutz alarmieren, wenn die AfD in den Umfragen wieder anzieht. Grundsätzlich wünsche aber auch ich mir ein System mit mehr direkter Demokratie und Volksabstimmungen, so dass Politiker auch dann verpflichtet sind, den Willen des Volkes umzusetzen, wenn es ihnen selbst nicht gefällt. Wir brauchen echte Volks- und keine Parteivertreter.

DW: Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf das noch junge Jahr 2024?
C.B.-R.: Wir werden das politische System kurzfristig nicht ändern können. Aber es wäre schon viel erreicht, wenn wir zumindest wieder Politiker hätten, die einen gesunden Menschenverstand walten lassen und sich endlich wieder für das Wohl der Menschen in diesem Land einsetzen. Viele Bürger denken derzeit nur noch ans Überleben und taumeln von einem Nervenzusammenbruch zum nächsten. Wenn man einfach nur mal wieder durchatmen könnte, wäre das ein großer Fortschritt.

DW: Der Widerstand ist kein Sprint, sondern ein Marathon.
C.B.-R.: Stimmt! Aber ich glaube, wir haben bereits zwei Drittel geschafft. Nun leiten wir die Endphase ein. An ganz vielen Orten wollen sich Menschen aus dem Widerstand wie ich in die Kommunalpolitik einbringen. Das stimmt mich positiv. Zudem hoffe ich, dass sich die Straßen dauerhaft füllen werden. Jetzt sind auch die Landwirte und Mittelständler dabei. Bei uns hier im Osten brennt die Luft. Es vergeht kein Tag mehr, an dem die Menschen nicht auf der Straße sind. Wir gehen gerne voran.

DW: Colette, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

JETZT!

Warum kommt meine Zeitung nicht? Die letzte Ausgabe habe ich kurz vor Weihnachten bekommen, doch jetzt ist Funkstille. Was ist los? – Ich schreibe, weil ich seit mittlerweile Jahren jeden Samstag voller Vorfreude zum Briefkasten gehe. Ihr habt mich und meine Familie durch die finsteren Corona-Jahre gebracht und dann durch die »Zeitenwende«. Es ist so gut zu wissen, dass es Euch und Eure wichtige Arbeit gibt. Einige Ausgaben habe ich hier im Ort verteilt, wobei ich zum einen Verwunderung, Wut aber vor allem positive Reaktionen zurückbekommen habe. Viele haben einfach keine Lust mehr auf die Lügen und die Kriegstreiber. Das neue Jahr startete da gut mit den Bauernprotesten. Viel zu berichten und aufzuklären ... Also, wann kommt ihr wieder? – Carsten B., Neuried

FROHES NEUES!

Ich wünsche Euch und Euren Familien alles Gute für dieses Jahr. Ich bin bester Dinge, dass wir heuer schaffen, die Lumpen, die uns mit Lügen terrorisiert, mit Masken gejagt, mit Spritzen getötet und in blutige Kriege geschleift haben, in diesem Jahr zur Verantwortung zu ziehen. Der herrschende Klüngel fürchtet sich gerade vor der AfD, aber sie sollten sich viel mehr vor uns, dem Volk, fürchten. Wir sind bereit für die friedliche Wende: also Revolution. Alles strikt auf Basis des Grundgesetzes und dem Menschenrecht, versteht sich. Und genau deshalb umso klarer und vehementer. Dieses Jahr schaffen wir das. Danke DW!
– Irmgard S., Passau

»Wir riskieren unsere Ernährungssouveränität«

Interview mit Peter Guhl von den Freien Bauern über die aktuelle Lage der Landwirte | Von Klaus Müller

Der DW berichtete bereits ausführlich (u. a. in Ausgabe 159) über die Situation der Bauern und ihre Proteste, die bei der Demo am 15. Januar in Berlin ihren bisherigen Höhepunkt erreichten. Mittendrin im Geschehen war Peter Guhl. Der 58-Jährige Milchviehhalter aus Teldau (Mecklenburg-Vorpommern) ist Mitglied bei den Freien Bauern, einer bundesweiten Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, die – unabhängig von Politik und Industrie – ausschließlich die Belange von Landwirten (und nicht von Agrarkonzernen) vertritt.

DW: Wie zufrieden sind Sie mit den Protestaktionen?
Peter Guhl: Sehr zufrieden. Ich hätte nicht gedacht, dass wir eine so große Mobilisierung erreichen. Ich finde es hervorragend, dass auch der Mittelstand aufgestanden ist und seine Forderungen formuliert hat.

DW: Im Vorfeld der Proteste hetzten ÖRR und Konzernmedien massiv. Neben dem längst üblichen Rechts-*Framing* war zum Beispiel von »Mistgabel-Mob« und »Traktor-RAF« die Rede. Ihre Meinung dazu?
P.G.: Alles, was nicht dem gängigen Narrativ entspricht, nicht *woke* und pro Regierung ist, ist rechts. Es ist eine übliche Methode der Diffamierung und Spaltung, die in der breiten Masse aber zum Glück inzwischen ihre Wirkung verloren hat.

DW: Wie fanden Sie die Rede von Christian Lindner bei der Demo am 15. Januar?
P.G.: Sie war eines Finanzministers unwürdig. Ich erkenne an, dass er gekommen ist. Aber ich finde es beschämend, dass er direkt nach seiner Rede die Bühne verlassen hat. Das war ein Affront. 30.000 Menschen waren gekommen und haben teilweise lange Anfahrtswege auf sich genommen. Da hätte ich mehr Präsenz der Bundesregierung erwartet und dass sich Lindner bis zum Ende anhört, was wir Landwirte ihm zu sagen hatten.

DW: Lindner versuchte bei den Landwirten zu punkten, indem er erzählte, wie kaputt er sei, wenn er den Stall des Pferdes seiner Frau ausmiste...
P.G.: Das war ein billiger Versuch von ihm, dumme Menschen auf seine Seite zu ziehen. Aber wir Bauern sind gewiss nicht dumm.

DW: Durch die Kürzungen bei den Landwirten sollen 900 Millionen Euro eingespart werden. Laut Lindner hätte es »keine andere Möglichkeit gegeben«. Für andere Länder aber ist genug Geld da, so fließen zum Beispiel bis 2030 zehn Milliarden Euro Entwicklungshilfe nach Indien. Wie passt das zusammen?
P.G.: Ich kann die einzelnen Maßnahmen in ihrer Sinnhaftigkeit nicht beurteilen, da ich kein Politiker bin. Dass im Haushalt für Entwicklungshilfe etwa zwölf Milliarden Euro zur Verfügung stehen, mutet befremdlich an. Aber man muss gar nicht erst auf die Ausgaben blicken, die ins Ausland fließen. Es wäre schon eine Menge erreicht, wenn man den immer weiter ausufernden Bürokratiewahnsinn in Deutschland zurückfahren würde. Damit könnte man einen Haufen Geld sparen.



Milchviehhalter Peter Guhl und seine Freien Bauern haben klare Forderungen an die Politik. Er ist überzeugt: Kommt es nicht bald zu einem Politikwechsel, drohen soziale Unruhen im Land. Foto: privat.

DW: Was genau meinen Sie?
P.G.: Immer mehr hochqualifizierte Menschen wandern aus der freien Wirtschaft in die Verwaltung ab, wo sie fürstlich entlohnt werden. Damit wurde ein Monster geschaffen, das wir nicht mehr beherrschen. Allein in der Landwirtschaft haben wir so viele Vorschriften, die sich teilweise sogar gegenseitig widersprechen, dass sie von den Behörden kaum noch zu überblicken und schon gar nicht mehr zu kontrollieren sind. Immer mehr Personal wird benötigt, nur um die Bürger zu verwalten. Uns Bauern diese Steuererhöhung aufzubrummen – nichts anderes ist die Streichung der Agrardiesel-Subvention – ist eine Frechheit. Ich bin verwundert, dass Politik und Medien offenbar nicht bewusst ist, dass wir durch diese Art des Wirtschaftens – Wertschöpfung wird erschwert oder gar verhindert – schon in naher Zukunft mit deutlich weniger Steuereinnahmen zu rechnen haben. Wir rüsten auf wie Vollidioten, schaffen es aber schon jetzt mit einem Rekordsteueraufkommen nicht, den Haushalt verfassungskonform zu decken. Wie soll das dann erst in den nächsten Jahren gelingen?

Die Landwirte brachten bei ihren bundesweiten Protesten ihren Unmut deutlich zum Ausdruck

DW: Es wurde Kritik am Deutschen Bauernverband (DBV) geäußert. Dieser sponserte den Parteitag der Grünen. Verbandspräsident Joachim Rukwied ist CDU-Mitglied, sitzt zudem gemeinsam mit den Ministern Habeck, Lindner, Baerbock und Özdemir im Verwaltungsrat der KfW. Sind Verbände und deren Funktionäre ein Teil des Problems?
P.G.: Ich habe früher lange selbst in verschiedenen Gremien des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern für dringend nötige Veränderungen gekämpft. Der DBV sollte eine Interessenvertretung für die Landwirte sein, kommt dieser Pflicht aber nur unzureichend nach. Man muss sich nur das Finanzierungskonzept des DBV und die Verstrickungen der Funktionäre anschauen, dann ist sofort klar, dass sie nicht unabhängig agieren, sondern vielmehr ständig zwischen den Fronten zerrieben werden. Ich finde es sehr unklug, wie Rukwied derzeit vorgeht.

DW: Warum?
P.G.: Er fordert, das Thema Agrardiesel müsse zunächst zu unserer Zufriedenheit geklärt werden, erst dann werde man unsere grundsätzlichen Probleme ansprechen. Umgekehrt wäre es besser. Denn würden wir die Voraussetzungen für die Landwirtschaft in unserem Land verbessern, wären wir – wenn es tatsächlich notwendig ist, uns die Steuererhöhung aufzubrummen – vielleicht sogar in der Lage diese Kostensteigerung wirtschaftlich tragen zu können, was derzeit nicht der Fall ist.

DW: Um welche Themen geht es Ihnen insbesondere?
P.G.: Etwa darum, Freihandel nur mit Ländern zuzulassen, die nach unseren sozialen und ökologischen Standards produzieren. Nutzlose Auflagen für Umwelt, Wasser und Boden in Bezug auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie Tierhaltung müssen sofort vom Tisch. Wir Freien Bauern haben die Ampel zudem aufgefordert, ein Entflechtungsgesetz zu vereinbaren und damit marktbeherrschende Konzerne im Interesse eines funktionierenden Wettbewerbs zu zerschlagen. Wir fordern auch mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt. Alle Milcherzeuger müssen ihre gesamte Milch an jeweils nur eine Molkerei liefern, ohne zu wissen, wieviel Geld sie dafür bekommen. Das ist Ausbeutung. Deshalb fordern wir die sofortige Einführung einer ausnahmslosen Pflicht zum Abschluss von Milchkaufverträgen mit konkreten Angaben zu Mengen und Preisen.

DW: Nach Einschätzung von Experten werden sich die Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland bis 2040 auf 100.000 mehr als halbieren. Sie sollen immer mehr großen industriellen Betrieben weichen. Welche Folgen hätte dies für Deutschland?
Peter Guhl: Geht es so weiter wie bisher, wird die herkömmliche Landwirtschaft, so wie wir sie kennen, abgeschafft. Damit riskieren wir unsere Ernährungssouveränität. Ich möchte mir nicht vorstellen, was in unserem Land passiert, wenn es wirklich mal knapp wird mit Nahrungsmitteln. Man muss sich das mal vorstellen: Seit 1990 haben wir in Deutschland im Schnitt an jedem einzelnen Tag jeweils 32 landwirtschaftliche Betriebe für immer verloren. Diese Entwicklung beobachte ich mit großer Sorge. Ich sehe es hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern: Die bäuerlichen Betriebe werden durch irre staatliche Auflagen und völlig unnötige Kosten so stark in ihrer Wirtschaftlichkeit geschwächt, dass ihnen am Ende nichts anderes übrigbleibt, als Grund und Boden zu verkaufen. Wöchentlich wandern große Betriebe und riesige Nutzflächen in die Hand von industriellem Großkapital. Es sieht so aus, als wäre die herkömmliche Landwirtschaft nicht mehr gewollt.

DW: Fahren Sie bitte fort!
P.G.: Stichwort: *Vertical farming* (dt.: vertikale Landwirtschaft/Anm. d. Red.). Die Massenproduktion pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse soll künftig offenbar in

Fortsetzung auf Seite 10



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

MISTGABELN FÜR DIE AMPEL

Moby Dick wurde am Ende eines langen Kampfes durch eine Harpune erledigt, nachdem er zuvor noch einige in den Tod gerissen hatte. Ob die Mistgabeln der Bauern samt ihren Verbündeten für die Ampelregierung ausreichen werden, steht aktuell noch in den Sternen. Um die Brisanz zu vertuschen, wurde und wird mal wieder die rechte Keule aus der Trickkiste geholt. Es ist einfach zusammenzufassen: Wer eine regierungskritische Meinung hat, ist rechts. Das Gute daran ist, es werden täglich immer mehr nach rechts in die Kiste geschoben, denen es irgendwann egal ist. Die Lokführer werden wohl auch bald dazugehören.

Denn es ist ja nicht wirklich schwer zu durchschauen, was hier für ein perfides Spiel getrieben wird. Zu keinem Zeitpunkt kamen mehr Wahrheiten ans Tageslicht als seit 2020, als vielen bewusst wurde, dass Vertreter eines souveränen Staates einfach anders agieren würden, nämlich im Sinne ihrer eigenen Bevölkerung und nicht als Vasallen ihrer Besatzer. Aber das darf man wahrscheinlich auch schon nicht mehr laut sagen in diesem besten Deutschland aller Zeiten.

Die Wirtschaft geht dahin, die Insolvenzen sind dramatisch. Der breiten Masse wird immer mehr bewusst, in welchem Boot wir alle gemeinsam sitzen. Alle? Nein, nicht alle, man schaue sich nur die Dividendenausschüttungen der 40 größten DAX-Konzerne 2023 an. Da wurde die Rekordsumme von 52 Milliarden ausgeschüttet – überwiegend von Firmen, die ihre Steuerlast längst »legitim optimiert« haben. Mehr als die Hälfte davon fließt ins Ausland, während der deutsche Kleinanleger etwas naiv vergeblich auf Erträge seines Sparbuches wartet. Der DAX spricht längst Englisch, zwei Drittel der Aktien liegen in amerikanischen und britischen Händen. BlackRock, Vanguard oder State Street gehören zu den Top-DAX-Investoren. Interessant, dass es immer wieder dieselben Namen sind, die uns hier als Vermögensmanager untergejubelt werden, insbesondere seit der Plandemie 2020. Wir Deutschen brauchen längst keine Vermögensmanager mehr, dafür haben schon die letzten Regierungen gesorgt, die Ampel bereitet nun das glorreiche Finale vor. Es sei denn, sie werden mit Mistgabeln davon abgehalten. Das wäre doch schön. Wie in früheren Zeiten. Anstatt die Nase bei den Amerikanern, die Mistgabel im eigenen Hintern, natürlich bildlich gesprochen.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

mehrstöckigen Fabrikgebäuden ermöglicht werden, wobei tierisches Fleisch weitestgehend durch vegane Fleischersatzprodukte, Laborfleisch und Insekten ersetzt werden soll. Dazu passt: Die Grünen haben nun erneut den Tierwohl-Cent ins Gespräch gebracht. Mit dieser zusätzlichen Verbrauchersteuer soll Fleisch weiter verteuert werden, so dass gleichzeitig die Akzeptanz für die genannten Alternativprodukte steigt.

DW: Wie stellt sich die derzeitige Lage für Ihren Betrieb dar?
P.G.: Unser Betrieb wurde einst von meinem Urgroßvater gegründet. Gemeinsam mit meiner Tochter verantworte ich den landwirtschaftlichen und den Gewerbebetrieb, in dem die Milch verarbeitet und direkt vermarktet wird. Wir beschäftigen momentan 18 Mitarbeiter. Erst 2021 haben wir, beflügelt durch Nachfragezuwachs während der sogenannten Corona-Pandemie, eine komplett neue Hofmolkerei gebaut. Wir hatten einen sehr guten Kundenstamm. Doch das hat sich leider geändert.

DW: Inwiefern?
P.G.: Die Politik in unserem Land sorgt dafür, etwa mit einer völlig verfehlten Energiepolitik oder dem Heizungsgesetz, dass die Verbraucher völlig verunsichert sind. Die Folge: Sie fragen unsere Produkte nur noch in einem geringeren Umfang nach. Im August musste ich deshalb acht Mitarbeiter entlassen. Wir versuchen, uns gesund zu schrumpfen, nachdem wir über Jahre die Ratschläge der Politik befolgten: Wir haben auf Diversifizierung gesetzt, wollten uns vom Markt unabhängig machen. Nun haben wir den Salat. Mittelfristig ist der Fortbestand unseres Betriebes ernsthaft gefährdet.

DW: Viele Bauern fordern das Ende der Ampel-Regierung. Sie auch?
P.G.: Ein Aus der Ampel würde uns nicht weiterhelfen. Neuwahlen würden aktuellen Umfrage zufolge bedeuten, dass wir eine unionsgeführte Regierung bekämen. Letztlich würden nur ein paar Gesichter ausgetauscht, sich ansonsten aber nicht viel verändern. Was wir brauchen, ist ein Politikwechsel. Kommt dieser nicht, drohen soziale Unruhen.

DW: Wie geht es nun weiter?
P.G.: Wir beraten uns täglich, bleiben im Dialog. Fest steht: Die Proteste laufen weiter, werden aber mehr dezentral stattfinden und zunächst auch an Intensität verlieren. Wir schuften 14 Stunden am Tag. Die Arbeit erledigt sich nicht von selbst. Umso wichtiger ist es, dass der Mittelstand und die Bürger uns weiterhin den Rücken stärken.

DW: Herr Guhl, wir danken Ihnen für das Gespräch.

»DIE LAGE IST SEHR ERNST«

Auch Fuhrunternehmer bangen um ihre Zukunft. Interview mit LKW-Fahrer und Demo-Redner Mirko Reichelt | Von Klaus Müller

DW: Bitte stellen Sie sich kurz vor!
Mirko Reichelt: Ich bin 41 und seit 20 Jahren als LKW-Fahrer tätig im nationalen Fernverkehr für die Spedition Kubo Transport, die ihren Sitz im hessischen Breitscheid hat.



Für Mirko Reichelt ist der Job des Fernfahrers ein Traumberuf. Er wurde ihm quasi in die Wiege gelegt: »Schon mein Großvater ist LKW gefahren, ebenso mein Vater und mein Bruder, die ich als Kind öfter begleitet habe.« Foto: privat.

DW: Bei der Demo des Bundesverbands *Logistik & Verkehr pro* am 19. Januar in Berlin, bei der rund 3.000 LKW vor Ort waren, haben Sie und Ihre Kollegen die Mauterhöhung von 19 Cent auf knapp 35 Cent pro Kilometer kritisiert, die am 1. Dezember 2023 in Kraft getreten ist. Welche Auswirkungen hat diese?
M.R.: 2023 hat mein Chef für 75 Zugmaschinen 1,2 Millionen Euro Maut bezahlt, dieses Jahr sind es 1,9 Millionen Euro. Auch sämtliche andere Kosten sind massiv gestiegen: Ein Fahrzeug hat bislang 98.000 Euro gekostet, dieses Jahr sind es 145.000 Euro. Ein Auflieger kostete sonst 29.000 Euro, jetzt 38.000 Euro. Die Zinsen für die Finanzierung der Fahrzeuge betrugen im letzten Jahr 1,5 Prozent, nun 6,5 Prozent. Zudem haben sich die Preise für Reifen, Öle und AdBlue verdoppelt. Wir fordern eine Rücknahme der Mauterhöhung. Zudem ist es erforderlich, dass in die Infrastruktur – Ausbau und Sanierung der Autobahnen – investiert wird.

DW: Sie prangern zudem eine Ungleichbehandlung in Bezug auf osteuropäische Fuhrunternehmer an. Können Sie das bitte erläutern!
M.R.: Laut Kabotagevorschriften müssen LKW-Fahrer ihre Wochenendruhezeit zumindest in einem Hotel, am besten daheim, verbringen. Die osteuropäischen LKW-Fahrer sind jedoch teilweise über Monate im LKW. Hinzu kommt, dass viele von ihnen alkoholisiert unterwegs sind, Rasthöfe in einem erbärmlichen Zustand hinterlassen und Tachographen manipulieren, um schneller als die zulässigen 80 km/h auf Autobahnen fahren zu können. Die Polizei müsste viel strenger kontrollieren, stattdessen zieht sie lieber deutsche Fahrer raus, die ihre LKW *getunt* haben, aber kein Sicherheitsrisiko darstellen.

DW: Nach Ihrer Rede in Berlin wurden Sie von fünf Polizisten abgeführt. Warum?
M.R.: Es ging um eines meiner Tattoos. Die Polizisten äußerten den Verdacht, dass es sich um ein unerlaubtes rechtes Symbol handeln könnte. Sie irrten sich. Es ist eine Rune aus der nordischen Mythologie, der ich sehr zugetan bin und die für Kraft und den Gott Odin steht. Nach einer halben Stunde ließen sie mich gehen.

DW: Regierungsmitglieder waren bei der Demo nicht vor Ort. Wie fanden Sie das?
M.R.: Herr Scholz hatte zu der Zeit einen Fototermin mit Karnevalisten. Dass er es nicht für nötig hielt, mal kurz vorbeizukommen, um mit uns zu sprechen, war traurig und ignorant. Meine Mitstreiter und ich fürchten um unseren Arbeitsplatz und unsere berufliche Zukunft. Die Lage ist sehr ernst.

DW: Herr Reichelt, wir danken Ihnen für das Gespräch.

MELDUNG

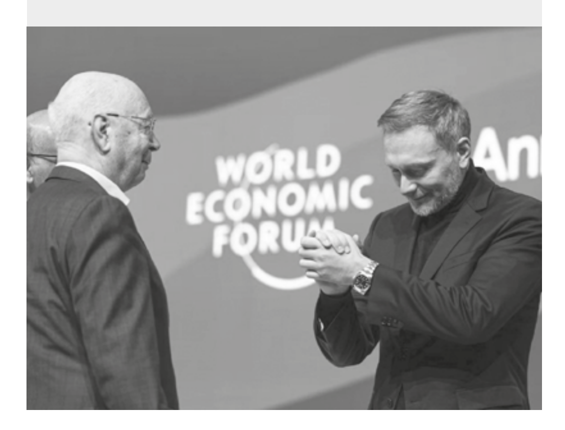


SCHLAG GEGEGN FREIHANDELSIDEOLOGIE

Montélimar/DW. Laut anonymer Quellen nahmen französische Landwirte auf eigene Faust in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag Lastwagen für ausländische Agrarprodukte hoch. Videos dokumentieren, wie auf einem Drehkreuz in der südostfranzösischen Stadt Montélimar in der Präfektur Valence mehrere Lastwagen der Agrarkonzerne von französischen Bauern ausgeräumt werden und die Waren handelsunfähig gemacht werden. Die Aktion fand im Zuge des andauernden Bauernaufstandes statt. Weitere Aktionen umfassten die Blockade und Stillegung von Umschlagzentren der Konzerne, darunter jenes der Kette Leclerc in Castelnaudray. Deutsche Bauern gingen ähnlich vor, so beim Edeka-Logistikzentrum im Saalekreis am Mittwochabend. (ano/ale/Foto: ano)

WEF ENDET MIT LINDNERBESUCH

Davos/DW. Beim diesjährigen Gipfeltreffen der Oligarchen des Westens im Schweizer Gebirgsort Davos lag das Gewicht insbesondere auf der Rüstungsindustrie. So wurde der Kiewer Marionettenkriegsherr der US-UK-Expansionsorganisation Nato, Präsident Wladimir Selenski, den Investoren vorgestellt. Der Veranstalter des Verschwörungs-Meetings, der Deutsche Klaus Schwab (links im Bild; Foto: Ruptly), begrüßte auch den BRD-Finanzminister Christian Lindner (FDP, rechts). Der war im Anschluss an dessen ausgepfiffenen Auftritt bei den protestierenden deutschen Bauern vor dem Brandenburger Tor begrüßt worden. Lindners Botschaft an Schwabs Oligarchen und die Mafia-Kriminellen von IWF und Weltbank: »Deutschland ist ein müder Mann nach einer kurzen Nacht!« (ale)



JAWOLL, FRANKREICH!

Die französischen Landwirte machen ernst. Die Bauernaufstände sind keine Schaubühnen für Parteifunktionäre. Fällt das Regime? | BERICHT und Kommentar von Anselm Lenz

Seit vergangenem Wochenende legen die französischen Bauern und Gelbwesten konsequent den Staat lahm. Sie blockieren und halten Dutzende Autobahnen, zerstören Überwachungs- und Bezahlanlagen – und schließen bereits mehrere Präfekturgebäude.

»Wird es den Franzosen dieser Tage gelingen, das pervers-parasitäre Berufspolitiker-Gesocks konsequent abzuschaffen, die idiotischsten Institutionen abzuwickeln und die Repräsentation mit direkter Demokratie zu überwinden?« So fragte der demokratische Gewerkschafter Johnny Rottweil am Mittwoch in einer *Online*-Umfrage. Rund die Hälfte wählte die Antwort aus: »Jein, es gibt immerhin Chancen.« Die weiteren Stimmen verteilten sich auf »Ja« und »Nein«.

Am Montagmorgen schloss die französische Demokratiebewegung die Grenze zu Spanien auf der A9 durch eine Blockade mit Traktoren, Baggern und Abladungen, die zur Barrikade verdichtet wurden. Am Dienstag wurde das Präfekturgebäude von Agen abgeriegelt, die TGV-Trasse verschüttet und weite Teile der Stadt mit Barrikaden lahmgelegt. Am Mittwoch gelang es der französischen Demokratiebewegung, das Präfekturgebäude von Bernay zu schließen.



Autoroute 62 zwischen Bordeaux und Toulouse am 22. Januar. Foto: DW/LucAuffret

imposant-repräsentativ gestaffelt wie in der BRD. Die Bauern kämpfen um ihre Existenz, die von »Land-Grabbing«, also Landwirtschaftskonzernen, explodierenden Kosten, steigenden Steuern, sinkenden Subventionen, Gentechnik sowie Billig-Agrarimporten bedroht wird. Am Mittwoch kam die 35-jährige Landwirtin Alexandra Sonac im Kampf für ihren Beruf zusammen mit mit ihrer 12-jährigen Tochter auf einer Barrikade bei Ariége zu Tode. Es soll sich dabei um einen Unfall gehandelt haben, trotzdem erzählt das betrauernswerte Ereignis etwas von der Drastik und Entschlossenheit der Revolte.

Die Proteste der französischen Bauern zeigen etwas von jeder demokratischen Konsequenz, die wir in der BRD kaum kannten, bis im Jahr 2021 der große Bürgerrechtler Michael Ballweg, trotz des Versuchs des Regimes zu einem generellen Demonstrationsverbot, die Augustdemonstrationen vom Votjahr in Berlin wiederholte. Die Demozüge Hunderttausender deutscher Demokraten setzten sich teils auch gegen die Regimetruppen durch, so etwa im Zuge des legendären Vorfalls auf der Lessingbrücke am 29. August 2022.

Ansonsten kann man in der BRD nur die ritualisierten Spektakel von Linken, die zu verabredeten Terminen in ihren eigenen Wohnvierteln einmal im Jahr Schaukämpfe mit der Polizei austragen. Dazu gehören Farbnebel und Sturmhauben. Es sind im Grunde Schauveranstaltungen, die zumeist abrupt wieder enden, weil es keine erreichbaren Ziele gibt und auch nicht geben soll. Ginge es wirklich um etwas, das erreicht und umgesetzt werden kann, fänden die Kämpfe geballt und konsequent um allgemein relevante Gebäude, Anlagen oder Themen statt. Man übt sich stattdessen in basalster Form der paradierenden Repräsentation und lässt dann und wann die Sau raus.



Das Präfekturgebäude von Agen am 24. Januar. Foto: DW/LucAuffret



Barrikadenbau bei Clermont-Ferrand. Foto: Anonym

BAUERNREVOLTE GREIFT AUF EUROPA AUS – CHANCE?

Das sind nur drei von vielen Hunderten Ereignissen dieser Art, die am Freitag vor dem zurückliegenden Wochenende im Südwesten des Landes begannen, teils tagelang konsequent umgesetzt wurden oder zu Stellungen gegen das Regime ausgebaut wurden, die bis Redaktionsschluss gehalten wurden. Das französische Volk will, wie in der BRD, den Umsturz und die ersatzlose Abwicklung und Unschädlichmachung erheblicher Teile von Staatsapparat, Konzernen und Großkapital, heißt es. Das Regime griff bis Redaktionsschluss die Bauern nicht polizei-militärisch an, wie zuvor etwa die sogenannten Gelbwesten ab 2018.

Für Italien war für die Zeit ab Montag ebenfalls das Anschwellen relavanter Traktorendemonstrationen angekündigt worden. Diese kamen zwar zahlreich und über den gesamten Stiefel verteilt zustande, aber nicht so flächendeckend und radikal-konsequent wie in Frankreich und nicht so



Am Mittwoch wurde dieser Demonstrationszug aus Wilna, Litauen, gemeldet. Foto: FlicWatch

VOLKSENTSCHEIDE DURCHFÜHREN UND ERGEBNISSE UMSETZEN

Franzosen, die ihre Revolution 1789 konsequent vollendet haben, anstatt sich halber Strecke abschlachten oder einlullen zu lassen, setzen auch in Europa seit Jahren neue Maßstäbe bürgerlichen und gewerkschaftlichen Engagements gegen das Schweineregime. Einzig, bislang kamen auch sie nicht durch, Occupy nicht, Nuit Debout nicht, die Gelbwesten nicht. Das soll nun bei den Bauern anders werden.

Die Hoffnungen der Welt liegen ein weiteres Mal auf Frankreich, das zudem die einzige große Nation in Europa ist, die potentiell souverän sein, und die sich endlich aus dem US-UK-Kriegsverbrecherbündnis Nato lösen kann. Das ist auch eine Hoffnung für alle Deutschen, für den Frieden mit Russland, und damit für ganz Festlandeuropa. Aber wird es den Franzosen auch gelingen, verbindliche Volksabstimmungen im Zuge des Umsturzes durchzuführen und die Ergebnisse umzusetzen?

MELDUNG

WIDER DIE KRIEGSPROPAGANDA!

Berlin/DW. »Es tobt eine Kriegspropaganda, wie wir Vorkriegskinder es nicht für möglich gehalten hätten: Von Pistorius' ›kriegstauglich‹ über die T-Online-Schlagzeile: ›Wir könnten bald Krieg mit Russland haben‹, bis zur Aussage des Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, dem niederländischen Admiral Rob Bauer: ›Wir bereiten uns auf einen Konflikt mit Russland vor. Wenn sie uns angreifen, müssen wir bereit sein.‹« Das schreiben die bekannten Friedensaktivisten Helene und Ansgar Klein in deren Friedensrundbrief vom 24. Januar. Die Initiatoren des Neuen Krefelder Appells weisen auch auf Folgendes hin: »Aber die Machthaber dieser Welt führen Kriege auch an neuen, andersartigen Fronten«, darunter die »Pandemie-Front«. Der Arzt, Buchautor, DW-Autor und -Interviewpartner Heiko Schöning habe bereits im Jahr 2018 vor der »Plandemie« gewarnt. (ale)

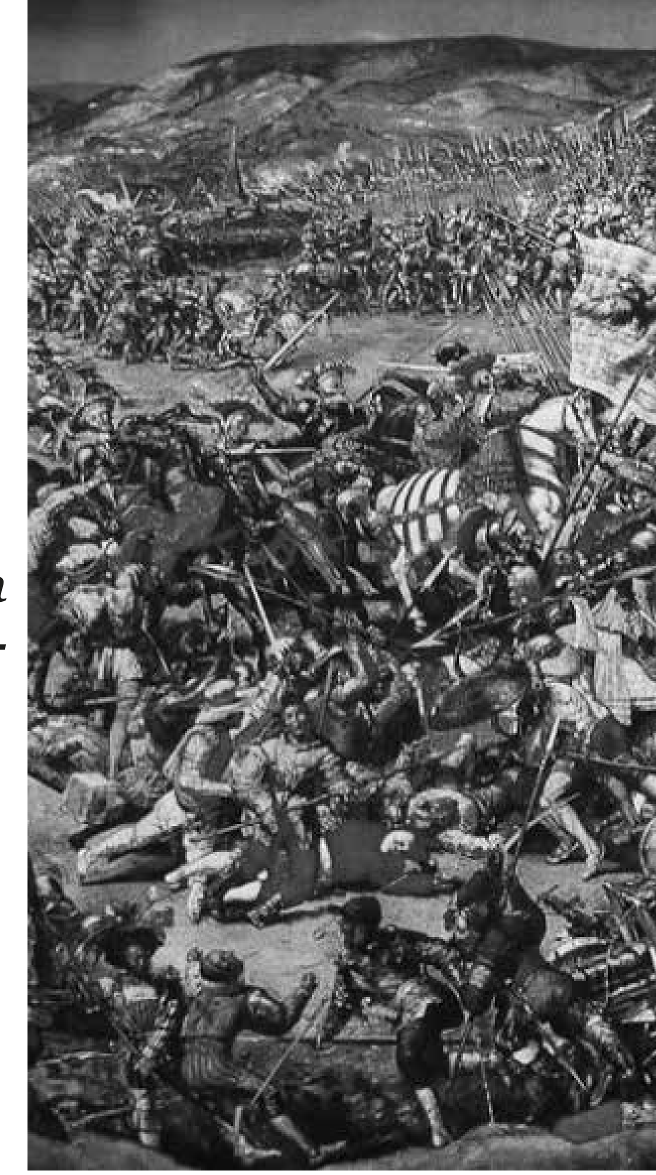
OSTFRONT: ABGESTÜRZTE KRIEGSGEFANGENE

Moskau/DW. Zum Absturz einer Iljuschin 76 im Gebiet Belgorod mit ukrainischen Kriegsgefangenen an Bord erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Donnerstag in Moskau, die Ukraine sei für die Tragödie verantwortlich. »Der Gefangenenaustausch ist ein Prozess, der sich in einer absoluten Stille vollzieht. Dass die Ukrainer ihre Kriegsgefangenen, ihre eigenen Bürger, die buchstäblich binnen 24 Stunden zu Hause hätten sein können, getötet haben, ist eine absolut ungeheuerliche Tat« (Übersetzung laut Russia Today). Am Mittwoch war der Militärtransporter nahe der Grenzstadt Belgorod abgestürzt. Das russische Verteidigungsministerium teilte mit, an Bord hätten sich 65 Kriegsgefangene, sechs Besatzungsmitglieder und drei Begleiter befunden. Alle Menschen an Bord seien ums Leben gekommen

Die Front im Stellvertreterkrieg zwischen der Russischen Föderation und den USA auf dem Territorium der Ukraine weist kaum Veränderungen auf. Die jahrelange Ankündigung demnächst bevorstehender erfolgreicher ukrainischer Offensiven bewahrheiteten sich nicht. Seit einigen Wochen wird nun ein mögliches Vordingen der Roten Armee auf die Stadt Charkow gemeldet. Zuletzt war es zu aufsehenerregenden Raketen- und Drohnenangriffen von Seiten der Ukraine auf die Stadt Belgorod auf angestammtem russischen Staatsgebiet gekommen. In der Folge hatte Moskau Evakuierungen angeboten. (ale)

Gemeinsam zum Sieg?

Gespräch über den neuen Bauernaufstand in der BRD zwischen dem Landwirt Herbert Mackenroth (Südheide), Gewerkschafter Johnny Rottweil (DG) und Journalist Anselm Lenz (DW).



Am Fuße des Kyffhäusergebriges: Das Bauernkriegspanorama ist ein monumentale Gebäudekomplex, auf dem Schlachtberg bei der thüringischen Kleinstadt Bad Fran es zu den größten Panoramen der Welt. (Wikipedia/jro)

Seit 8. Januar 2023 ist in der BRD eine tägliche, massive Präsenz von Landwirten im Protest in Deutschland zu beobachten. Mit einer enormen Anzahl von Traktoren werden Autobahnen, Ausfallstraßen, Logistikzentren von Konzernen und Regierungsgebäude zeitweise belagert, um die Pläne der Konzernpolitik abzuwehren. Als besonderer Erfolg gelten die Großdemonstrationen auf der Straße des 17. Juni in Berlin am 8. und 15. Januar 2024.

Johnny Rottweil, Demokratische Gewerkschaft (DG): Herr Mackenroth, als Reaktion auf die massive Bauernrevolte rief das Regime zu Demos »gegen Rechts« auf, und organisierte diese mit Unter-Druck-Setzen sämtlicher staatsnaher Organisationen wie Staatskirchen- und DGB-Gewerkschaftsfunktionären. Was halten Sie davon?

Herbert Mackenroth, Landwirt: Ich finde, das ist eine absolute Frechheit von der Regierung. Diese Verbrecher bringen alles ran, um ihre Pfründe da zu sichern. Die kennen wirklich keine roten Linien mehr, dieses abartige Pack!

Anselm Lenz: Sie spielen an auf Olaf Scholz Antrittsworte 2021, er werde »keine roten Linien mehr kennen« bei der Durchsetzung des Injektionszwangs.

Mackenroth: Ja, das fand ich damals schon fürchterlich. Ich habe das Gefühl, die sind von der Tarantel gestochen oder auf Drogen. Was hier los ist im Land seit ein paar Jahren, das geht auf keine Kuhhaut mehr!

Rottweil: Was sind Ihre Forderungen?

Mackenroth: Der ganze Scheiß muss aufhören, wir brauchen eine Revolution und Volksabstimmungen. Aber die meisten Landwirte sind noch nicht ganz da, aber wir kommen der ganzen Sache näher. Ich habe mich am 15. Januar jedenfalls klar zu den Freien Bauern gestellt und bin da jetzt auch. Die großen Verbände lenken am Ende ein für die Konzerne und für die CDU.

Lenz: Was sind denn ihre Forderungen als Landwirt?

Mackenroth: Ganz klar was die Freien Bauern fordern und auch gut gesagt haben auf der anderen Bühne am 15. Januar. Also Freihandel nur mit die Ländern, die Öko und sozial erfüllen, Zollschutz für uns. Keine Subventionen an Agrarkonzerne, sondern für uns oder Kostensenkung. Steuerbefreiung für uns. Keine irren Bewirtschaftungsauflagen und Schluss mit der Insektenlüge, Verbot der Gentechnik, keine Patente, keine Digitalisierung und nein zur Überwachung. Dann die Förderung von kleinen Familienhöfen auch im Erbrecht. Schluss mit »Landgrabbing«! Und zu guter Letzt noch Schluss mit dem irren Wolfsgeheul. Das ist richtig irre faschistisch, wie die seit ein paar Jahren auf Wölfe stehen, die auf den Weiden reißen. Ich glaub, das spukt bei denen im Kopp!

Rottweil: Wie kann der Bauernaufstand mit Gelbwesten, Werktätigen aus den Betrieben, sozial Engagierten von links und rechts und der Mitte der Gesellschaft, also der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020, zusammenkommen?

Mackenroth: Das haben Sie aber gut aufgezählt. Also ich bin nicht einfach so rechts. Ich habe mich auch mit Rudi Dutschke beschäftigt und im Grunde haben wir noch bis ungefähr 2000 gedacht, die Grünen sind auch für uns da, für die kleineren Landwirte. Pustekuchen! Die haben auch Dutschke völlig verraten, ich glaube mittlerweile, die haben den selber umgebracht. Die wollen uns alle fertig machen!

Rottweil: Wie kommen wir heute als Arbeiter, Bauern, Freie und Unternehmer zusammen gegen das Schweineregime?

Mackenroth: Also, wir haben Schweine und ich kann nur sagen, die sind mir lieber als die andern. Ja, zusammen kommen wir wohl, wenn Ihr zu unseren Demos und Fahrten kommt. Das habt Ihr ja auch gemacht. Aber ich hätte schon gedacht, dass noch ein Bißchen mehr passiert. Wir waren August 2020 ja auch zweimal in Berlin dabei, deshalb weiß ich, dass beide Male über eine Million waren und die uns total anlügen, jetzt auch wieder. Ich will noch sagen, wenn man sich einmal mit der Agenda beschäftigt und was die in China und Australien gemacht haben, dann kann jeder nur dagegen sein. Das ist wirklich der pure Faschismus, eigentlich noch schlimmer!

Lenz: Sie meinen zum Beispiel, dass die US-Vizepräsidentin Kamala Harris sogar öffentlich verkündete, eine der drei großen Ziele der Agenda sei »reduce the population«, also die Reduzierung der Weltbevölkerung. Sie wollen schlichtweg Menschen umbringen oder unfruchtbar machen.

Mackenroth: Ja, zum Bleistift. Das ist völlig irre und das sind keine Hirngespinste, das hat die gesagt, und das ist ja auch mit den Impfungen alles bewiesen. Ich kann nur sagen, haltet euch an die kleinen Landwirte, die wollen uns alle machen und wir werden uns wehren. An der Landwirtschaft hängt alles dran!

Rottweil: Kann es uns gelingen, die Besatzer zu vertreiben, aus der Nato auszutreten, Konzerne zu zerschlagen oder abzuwickeln und endlich wieder souverän, frei und sozial leben zu können?

Mackenroth: Keine Ahnung, ich würde mal schon sagen, das ist ja, was alle wollen, wenn man mal nachdenkt.

Lenz: Gibt es internationale Zusammenarbeit unter den Bauern.

Mackenroth: Das ist ganz stark davon abhängig, wo man ortsansässig ist. Viel Organisatorisches kommt aber auch noch von den großen Verbänden, wir sehen aber zu, dass wir alle Kontakte auch zu uns allen bekommen. Meine Frau sammelt die richtig ein. Dann brauchen wir die Verbände, ich sage mal, für das jetzt gar nicht unbedingt. Bei unserem Hof in der Südheide ist jetzt nicht direkt ein Anrainer in der Nähe, aber wir haben in unserem Verteiler schon einige Niederländer dabei. Ich frage mich aber mehr, ob wir nicht mehr in Richtung Gelbwesten machen können. Wir können ja nicht ewig alleine durchs Land fahren, das ist auch teuer.

Lenz: Herr Mackenroth, Herr Rottweil, wir danken Ihnen für das Gespräch!

BERLIN!!!
WIR BLEIBEN HIER!!!
LIEBE BERUFSKOLLEGEN,
UNTERSTÜTZT UNSERE LANDWIRTE/ SPEDITIONEN/SONSTIGE GEWERKE
DIE MAHNWACHE AUF DER STR. DES 17. JUNI WIRD BIS MIND. 18.01.24 UM 23.59 UHR FORTGEFÜHRT!
KOMMT MIT EUREN TRECKERN, LKW UND MASCHINEN!
NUR ZUSAMMEN KÖNNEN WIR WAS BEWEGEN!!!!!!
FREIE BAUERN

Aufruf der Freien Bauern nach dem Auflösungsversuch der Demo am Brandenburger Tor durch Großbauernverbände nach der Hauptkundgebung mit Bühnenschau, im Zuge derer Finanzminister Christian Lindner (FDP) erklärt hatte, sein Ministerium müsse »Zinsen zahlen« und deshalb bei den Bauern sparen. Bild: Freie Bauern



Luftbild von beleuchteten Traktoren auf einem Feld in Lorup, Niedersachsen, am 13. Januar 2024. Foto: unbek.



es Panoramabild über den Bauernkrieg mit dem Titel »Frühbürgerliche Revolution in Deutschland« des Leipziger Malers und Kunstprofessors Werner Tübke. Es befindet sich im Panorama-Museum, einem eigens dafür errichteten kenhausen beim Kyffhäuser. Das Werk entstand in den Jahren 1976 bis 1987, ursprünglich zum Gedenken an den Deutschen Bauernkrieg und den Bauernführer Thomas Müntzer. Mit einer Fläche von 1722 Quadratmetern zählt



Aufruf der Freien Bauern nach dem Auflösungsversuch der Demo am Brandenburger Tor durch Großbauernverbände nach der Hauptkundgebung mit Bühnenschau, im Zuge derer Finanzminister Christian Lindner (FDP) erklärt hatte, sein Ministerium müsse »Zinsen zahlen« und deshalb bei den Bauern sparen. Bild: Freie Bauern





Als Deutscher Bauernkrieg (oder Revolution des gemeinen Mannes) wird die Gesamtheit der Aufstände von Bauern, Städtern und Bergleuten bezeichnet, die 1524 aus ökonomischen und religiösen Gründen in weiten Teilen Thüringens, Sachsens und im süddeutschen Raum, speziell Franken, Tirol und der Schweiz ausbrachen. In deren Verlauf stellten die Bauern mit den Zwölf Artikeln von Memmingen erstmals Forderungen auf, die als frühe Formulierung von Menschenrechten gelten. In Schwaben, Franken, dem Elsass, Deutsch-Lothringen und Thüringen wurden die Aufstände 1525, im Kurfürstentum Sachsen und in Tirol 1526 von Grund- und Landesherren niedergeschlagen, wobei schätzungsweise zwischen 70.000 und 75.000 Menschen ums Leben kamen. Dem Bauernkrieg waren Aufstände in Livland, Ungarn (Dózsa-Aufstand), England und der Schweiz vorausgegangen. (Wikipedia/jro)



Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE ARBEITER UND BAUERN, LIEBE MITTELSTÄNDLER!

Wir sind das Volk und wir haben einen gemeinsamen Feind. Es ist die pervers-parasitäre politmediale Kaste, die uns ausnimmt, verleumdet und gängelt, ein Staatsapparat, der zur Beute elender Kriegstreiber geworden ist! Unsere Freunde aus Clemont-Ferrand meldeten uns am Mittwoch, das am Tag der größten Bauernrevolte Frankreichs seit der französischen Revolution 1789, dass das Parlament der Berufspolitiker in Paris eine Diätenerhöhung um 350 Euro auf rund 6.000 Euro für sich beschloss.

Nun steht es mir nicht zu, den Franzosen zu sagen, was sie machen sollen. Aber hier, in unser aller Land können wir sagen, was wir nicht wollen, uns verbünden und Volksabstimmungen in allen grundlegenden Angelegenheiten organisieren. Welche Institutionen müssen ersatzlos abgewickelt werden? Welche Mitgliedschaften möchten wir beibehalten, welche ablegen? Nato – ja oder nein? Kriegskredite, genannt Sondervermögen, ja oder nein? WHO-Geheimverträge – öffentlich machen und nach Diskussion per verbindlichem Volksentscheid abstimmen! Wollen wir das, ja oder nein?

Wir sollten auch nicht vergessen, dass es mit der Bändigung oder Absetzung der politmedialen Kaste allein nicht getan sein wird. Unser gemeinsamer Feind sind die Konzerne, insbesondere jene des sogenannten Plattformkapitalismus, der im Grunde nichts anderes als ein US-Tributsystem ist, mit dem alles zentralisiert und angezapft wird. Im Grunde kann man in der Tat sagen, dass wir versklavt werden sollen. Damit kennt sich das Imperium in jeder Hinsicht aus.



Zwei kopfhoch gekreuzte Mistgabeln auf rotem Grund: Das Wappen von Gabelbach, Landkreis Augsburg. Grafik: Gliwi

Wenn wir eine kleinteilige, wahrhaft pluralistische Gesellschaft und Ökonomie mit Nischen und sozialem Ausgleich wollen, bleibt uns angesichts einer präfaschistischen EU der Konzerne nur die nationale Neuverständigung, gern mit einklagbaren ökonomischen Rechten einer verbindlichen Wirtschafts- und Sozialcharta.

Die Spannung steigt. Wird sich der Bürgerkrieg in der BRD noch vermeiden lassen? Ich meine ja! Seit 28. März 2020 haben wir mit der neuen Friedens- und Demokratiebewegung den Fünf-Punkte-Plan (S.2 u.l.). Ich bin überzeugt: Eine Volksabstimmung in einer grundlegenden Frage wie Kriegsteilnahme, ja oder nein?, lässt sich auch kurzfristig bundesweit organisieren und durchführen. Statt auf dem Weg zur Einberufung oder zur Straßenschlacht trifft man sich dann auf dem Weg zum Wahllokal oder Wahlstand an zentralen Plätzen. Das ist friedliche Demokratie und demokratische Willensbildung *at its best.*

Ich winke herzlich-friedliebend
mit Mistgabel und Wahlzettel,

Anselm Lenz, Journalist, Verleger, Gründer der neuen Demokratiebewegung seit 28. März 2020

HILBERT MUSS WEG

In einer Nacht- und Nebelaktion ließ der Dresdener Bürgermeister eine dezente Gedenkinschrift für die Opfer des transatlantischen Phosphorbombenterrors schleifen | Bericht von Anselm Lenz

Es ist eine Posse, die man sich allenfalls als Plot in einem zweitrangigen Detektivroman der 1950er Jahre ausgemalt hätte. Um der englisch-amerikanischen Militärorganisation Nato zu gefallen, ließ das Stadtoberhaupt von Dresden, Thomas Hilbert (FDP), heimlich das Andenken an die eigenen Stadtbewohner entfernen. Aber es wird noch verrückter.

Rund 1.000 Demonstranten demonstrierten am Sonntag, 12, Januar, gegen die Demontage der Gedenkinschrift für die zivilen Opfer des englisch-amerikanischen Phosphorbombenterrors gegen die Zivilbevölkerung in der Stadt Dresden demonstriert haben. Im Zuge der Demo wurde eine neue Tafel mit Formulierungen der alten Inschrift installiert. Kosten und Mühen übernahmen die Bürger selber.

»Dies ist ein Ort der Mahnung, des Erinnerns und Gedenkens. Hier wurden die Leichname Tausender Opfer der Luftangriffe des 13. und 14. Februar 1945 verbrannt.«

Der Bürgermeister der Stadt hatte eine Woche zuvor die dezent und internationalfriedenspolitisch gehaltene Gedenkinschrift auf dem Dresdener Altmarkt in einer »Nacht- und Nebelaktion« abschleifen lassen. Das wurde erst bekannt, als Dresdener das Fehlen der dezenten Inschrift an am Brunnen auf dem Altmarkt bemerkten. Tagelang ließ sich die Stadtverwaltung verleugnen. Dann musste Hilbert es zugeben. Die alte, in Stein gemeißelte Inschrift beinhaltete auch folgenden, zweiten Satz.

»Damals kehrte der Schrecken des Krieges, von Deutschland aus in alle Welt getragen, auch in unsere Stadt zurück.«

Die Inschrift war also internationalistisch gehalten und fiel mit der deutschen Kriegsschuld sogar ausgesprochen demütig aus. Der weltberühmte deutsche Schriftsteller und ehrwürdige Antifaschist Victor Klemperer schrieb von 200.000 Opfern des



Dresdener installieren am Sonntag, 21. Januar 2024, in bürgerschaftlichen Engagement eine neue Gedenktafel. Foto: Freie Sachsen

Bombenterrors auf das Elbflorenz mit Phosphorbomben, die einzig dazu entwickelt worden waren, menschliche Körper und Gebäude niederzubrennen. Geschichtsbücher der DDR nannten realistische bis hohe Opferzahlen, Geschichtsbücher der BRD sehr niedrige und immer niedrigere, zuletzt 6.000. Aber das Verbrechen als solches, der Versuch, die Stadt auszulöschen und die darin befindlichen Menschen in Brand zu setzen, kam vor.

Der Vernichtungsterror von 12. bis 15. Februar 1945 durch amerikanische und englische Bomber wird auch international nicht bezweifelt. Er wird weltweit als Kriegsverbrechen in den Geschichtsbüchern geführt, wenn auch als vergleichsweise nachrangiges nach dem singulär herausragenden Holocaust und den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Ob die Verübung des Kriegsverbrechens ein unter den Umständen und mit der Vorgeschichte auf individueller Ebene noch verständlich ist, oder nicht, ist eine völlig andere Frage – es ist und bleibt ein Kriegsverbrechen, dessen zu gedenken sich die Dresdener auch nicht abgewöhnen lassen werden. Der Dresdener Gedenktag findet jährlich am 13. Februar statt.

Militärische und industrielle Ziele hatte es in der Stadt auch nach alliierter Berichterstattung keine, nur Kinder, Frauen, Alte, Kriegsversehrte und viel weltberühmte, historische Architektur. In der Stadt stapelten sich nach den tagelangen Flächenbombardements die Leichen von Zivilisten, wie es sonst nur von Konzentrations- und Vernichtungslagern überliefert wurde. Die völlig in Schutt und Asche gelegte Stadt wurde, so gut es ging, wieder aufgebaut, teils nach historischem Vorbild.

DRESDEN, LÖSCH, JULIAN ASSANGE

Aber das ist nun alles wirklich lange her, mehr als drei Generationen, warum soll man das so fürchterlich ernstnehmen, wo doch das Leben so schön sein könnte – wären da nicht Krieg, Lüge und Ausbeuterei. – Eine kleine, dezente Inschrift auf einem Brunnen abschleifen lassen? Hilbert bekam die Anweisung von den verbliebenen Besatzungsmächten, die den BRD-Staat und dessen Propaganda dominieren. Der Nato-Apparat hatte 2009 ein Theaterstück des nun wahrlich nicht unter Nazi-Verdacht stehenden Stuttgarter Regisseurs Volker Lösch, »Die Wunde Dresden«, nach einem Tagesschau-Bericht verändern lassen – weil darin der Bombenterror der USA und Englands überhaupt vorkamen.

Das Stück gab aber, wie die Inschrift am Brunnen, den Dresdnern selbst die Mitschuld am Untergang. Aber es kann halt nicht sein, was nicht sein darf, was nicht soll, was irgendwie daran erinnern könnte, dass Deutschland seit 1945 ein befreites und zugleich ein besetztes, ein unterworfenes, ein unterdrücktes Land ist – und dass eben der englische und der amerikanische Faschismus, Kolonialismus, Expansionismus, Militarismus und vor allem Rassismus eben nicht besser, oder nicht viel besser sind als der deutsche es war. Auch Julian Assange, den Aufklärer der Kriegsverbrechen des amerikanischen Faschismus bei den Aggressionskriegen in Afghanistan und im Irak ab 2002, soll es, nach dem Willen des Imperiums, wohl bald nie gegeben haben werden. Bis dahin ist aber noch Zeit, Bürgermeister Hilbert abzusetzen – und durch eine Dresdnerin oder eine Dresdener zu ersetzen. Hilbert muss weg!

Nun wäre die Geschichte zu Ende, ja, wenn es nicht noch weiterginge mit dem Mahnmal vom Dresdener Altmarkt. Am Tag nach der Montage der neuen Tafel von einem *Fake*-Antifa-Trüppchen wiederum demontiert. An den Genossen ohne Sinn und Verstand, die ihr Tun heldenhaft per Handy dokumentierten, fällt mir nur auf, dass die im Grunde immer noch so aussehen, wie die Kiffer aus dem Politikseminar an der Universität Leipzig kurz nach der Jahrtausendwende. Der Autor hat also oberflächlich durchaus Sympathien. Ich frage mich nur, was gewesen wäre, wenn wir vor 25 Jahren genauso ausgesehen hätten, wie die Studenten wiederum 25 Jahre zuvor. Aber das haben wir vermutlich auch.



Parteisöldner demontieren die neue Tafel am 22. Januar.
Foto: Ruptly

All das wäre kein Problem, wenn diese Typen heute nicht glauben würden, irgendwie an der Macht zu sein, wenn ihnen jemand sagt, dass sie jetzt »gegen Rechts« und für Krieg, für die Nato, für MRNA-Verstümmelungen, für wahnhafte Agenden kämpfen sollen. Wenn schon denn schon, wie wärs denn mal mit dem Kampf für die Armen, Verfolgten und Verfemten in der eigenen Gegend? Dazu zählen dann auch zivile Opfer in Vergangenheit und Gegenwart, nicht? Ur-Opa wird nicht mehr zum Sieger, wenn man heute überläuft. Der Krieg ist verloren, die Zeit ist vorbei, ihr Spacken!

Hin Da! KULTURKALENDER

28.01.2024 • Koblenz; Deinhard Sektmuseum, Deinhardplatz 3, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Aktuelle Lage in der Ukraine und Nahost« von und mit Christoph Hörstel • 15:00 Uhr, Einlass ab 14:00 Uhr • Tickets ab 10€ unter krasser.guru

09.02.2024 • Hamburg; Rudolf-Steiner-Haus, Mittelweg 11, 20148 Hamburg • VORTRAG • »Wohnst Du noch in der EU oder lebst Du schon in Europa?« von und mit Ulrike Guérot und Hauke Ritz • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

11.02.2024 • Herrenberg; Stadthalle, Seestr.29, 71083 Herrenberg • PARTY • »Faschings-Sonntag« mit Künstlern für Frieden und Freiheit: Alien's best friend, Ludger K., ÄON, Kilez More und andere • ab 14:00 Uhr • Tickets: 30€ unter krasser.guru

11.02.2024 • Koblenz; Deinhard Sektmuseum, Deinhardplatz 3, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Freiheit statt Moralin – Für eine offene Debattenkultur« von und mit Philosoph Dr. Michael Andrick • 15:00 Uhr, Einlass ab 14:00 Uhr • Tickets ab 10€ unter krasser.guru

17.02.2024 • Jesteburg; Heimatmuseum, Niedersachsenplatz 5, 21266 Jesteburg • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

17.-18.02.2024 • Neuss; Dorint Kongresshotel, Selikumer Str. 25, 41460 Neuss • SEMINAR/ VORTRAG • »Ich will leben, lieben und geliebt werden« 2-tägiges Aufstellungsseminar und Vortrag mit Prof. Dr. Franz Ruppert • Samstag 9:30 Uhr bis Sonntag 18:30 Uhr • Tickets: 330€ und weitere Informationen unter krasser.guru

19.02.2024 • Bad Dürkheim; genauer Ort wird noch mitgeteilt • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr, Einlass ab 17:30 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

20.02.2024 • Fellbach;Goldbergwerk, Schaflandstr.6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Wasser predigen und Wein saufen - Die große Doppelmoral« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

21.02.2024 • Fellbach; Goldbergwerk, Schaflandstr. 6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Solidarität oder Selbstbedienung - Steuern sind … was denn überhaupt?« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

22.02.2024 • Fellbach; Goldbergwerk, Schaflandstr. 6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Wasser – die Quelle des Lebens« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

25.02.2024 • Rostock; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 17:00 Uhr – 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

26.02.2024 • Leipzig; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

27.02.2024 • Hamburg; Musiksaal, Besenbinderhof 57a, 20097 Hamburg • GESPRÄCH • »Aufstand gegen Idiotie und Idiologie« Peter Hahne im Gespräch mit Jens Lehrich • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets. 25€ unter krasser.guru

27.02.2024 • Weimar; Schiesshaus, Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99425 Weimar • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

28.02.2024 • Dresden; gen auer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

03.03.2024 • Taufkirchen; Kultur und Kongresszentrum, Köglweg 3 82024 Taufkirchen • WORKSHOP • »Achtsamkeit« ein Tag mit Dr. Daniele Ganser • 10:00 Uhr – 17:00 Uhr • Tickets: 180€ unter krasser.guru

04.03.2024 • Ingolstadt; Schloßländle 24, 85049 Ingolstadt • VORTRAG • »Weltfrieden« von Dr. Daniele Ganser • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets:29,90€ unter krasser.guru

06.03.2024 • Bad Aibling; Käufer werden vor der Veranstaltung über Details informiert • VORTRAG • »Angst essen Freiheit auf« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

06.03.2024 • Hannover; genauer Ort wird noch bekanntgegeben • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« von Jens Lehrich • 19:30 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

09.03.2024 • Augsburg; Parktheater im Kurhaus Göggingen, Klausenberg 6, 86199 Augsburg • KONZERT/ BALLETT/ LESUNG • »Klang des Friedens – Stimmen der Freiheit« mit Simone Werner, Rairda, Rasmus Schumacher, das Ballettensemble Josipa Stage Company, Prof. Martin Haditsch und Band u.v.m. • 16:00 Uhr • Tickets unter www.parktheater.eventim-inhouse.de Infos unter freiheitsliebe.org

09.03.2024 • Kirchheim bei Bad Hersfeld • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:00 Uhr, Einlass ab 17:00 • Tickets: 27€ unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

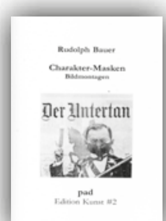
Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



C J HOPKINS THE RISE OF THE NEW NORMAL REICH
C.J. Hopkins

Consent Factory Publishing

ISBN: 978-3982146423



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1

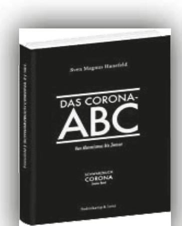


CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22

Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



ZEITUNGSSTERBEN IM OSTEN

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Traktoren und AfD-Verbot, Aufrüstung und Demos »gegen rechts«: Der Gleichklang der Leitmedien hat System. Die Medienhäuser kannibalisieren sich und erleichtern den Kartellparteien so ihr Spiel.

Zwei unscheinbare Meldungen zu Jahresbeginn: Der Schwäbische Verlag kauft die *Schweriner Volkszeitung* und Madsack die *Sächsische Zeitung* in Dresden. Das Bundeskartellamt muss den beiden *Deals* noch zustimmen, okay. Ein Nein war aber auch schon früher die absolute Ausnahme und gilt als ausgeschlossen, seit die Abos wegbrechen und die Anzeigen ins Netz wandern.

Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sind damit nur noch einen Schritt entfernt vom Pressemonopol. Den Oberschwaben aus Ravensburg gehört schon der *Nordkurier* in Neubrandenburg. Als Konkurrent in Sachen Landespolitik bleibt so einzig und allein die Rostocker *Ostsee-Zeitung* – ein Madsack-Blatt, genau wie die *Leipziger Volkszeitung*. Wer sich hier nicht so auskennt: Madsack betreibt auch das Redaktionsnetzwerk Deutschland, einen Laden mit 200 Journalisten, der von Hannover aus 60 Regionalzeitungen im ganzen Land beliefert. In Sachsen fehlt jetzt nur noch die *Freie Presse* in Chemnitz.

Wie es sich bei Hochzeiten gehört, jubeln die Eheleute. Wir werden von den Erfahrungen der Madsack-Gruppe profitieren und ihr beim Geldverdienen helfen, heißt es aus Dresden. In Hannover begrüßt man das neue Familienmitglied artig. Noch ein Abnehmer mehr für das, was uns in Berlin so anvertraut wird. Und hoch im Norden freut man sich, dass der Schwäbische Verlag sein Engagement in MV ausbaut. Synergien überall. Sind ja nicht einmal 900 Kilometer bis Ravensburg. Was aus den Redakteuren wird, steht nicht in den Meldungen. Der Journalistenverband warnt und will das alles sehr genau beobachten. Und in Schwerin gab es eine Mitarbeiterversammlung, immerhin.

Für die Landesregierungen ist das perfekt. Wer das nicht glaubt, der frage in Sachsen-Anhalt nach, wo die beiden großen Tageszeitungen seit 2020 in einer Hand sind. Dem Bauer-Verlag gehört nun nicht nur die *Volksstimme* in Magdeburg, sondern auch die *Mitteldeutsche Zeitung* in Halle. Wenn Ministerpräsident Haseloff mit der Presse sprechen will, geht das jetzt unter vier Augen.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



WAS KOMMT AUF UNS ZU?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Dr. Günther Riedl

Globale Strippenzieher streben einen menschenverachtenden *Reset* an. Weil ihnen die Zeit davonläuft, werden sie nervös und agieren hektischer. Immer mehr Menschen durchschauen ihre Machenschaften und lassen sich nicht länger ins Bockshorn jagen. Wird aber alles gut, wenn die Menschenfeinde verlieren? Setzt sich durch unser unentwegtes Bemühen die Gerechtigkeit durch? Kommt dann eine schöne neue Welt, das erhoffte goldene Zeitalter?

Leider sind auch Wohlmeinende nicht edel und gut, sondern anfällig für Besserwisserei, Eigennutz, Neid, Machtstreben … Ursache ist die Trennung von Gott, genannt Sünde, mit allen bösen Auswirkungen in Gedanken, Worten und Werken. Darum ist der Himmel auf Erden nicht zu schaffen. Und nach der Überwindung diktatorischer Zustände beginnen die um die Vormacht zu kämpfen, die unter gemeinsamer Bedrängnis an einem Strang zogen. Ich sehe einen anderen Fahrplan für die Zukunft und den entnehme ich der Bibel. Wenn weltweit alles drunter und drüber geht, ruft man nach einem globalen Herrscher, der das Chaos bändigt und endlich für Frieden und Sicherheit sorgt. Die Bibel nennt ihn Antichrist. Er tritt als Messias auf und verlangt göttliche Anerkennung, welche ihm die meisten erweisen – aus Überzeugung oder weil heftige Sanktionen drohen. Wer sich in den zurückliegenden Jahren in Anpassung und Unterwerfung geübt hat, ist in großer Gefahr, erneut den Weg des geringsten Widerstands zu gehen und die neue Maßnahme anzunehmen: ein Zeichen an Hand oder Stirn – wieder nur ein kleiner Piks. Die Verweigerer (»Messias-Leugner«) werden (wie vormals »Corona-Leugner«, »Klima-Leugner« …) als Störenfriede bekämpft, darunter viele Christen, die sich zum wahren Messias bekennen. Bevor die Drangsal nicht mehr auszuhalten ist, tritt Christus zum zweiten Mal aus der unsichtbaren Welt in die sichtbare und bereitet dem Antichristen ein Ende. Vor Christus werden sich alle für ihre Taten verantworten müssen. Jede Unsicherheit, wie das ausgeht, entfällt für alle, die ihn beizeiten als Herrn und Heiland annehmen zur Aufhebung ihrer Trennung von Gott. Wer das tut, lebt jetzt schon im Reich Gottes, wird zu einer neuen Schöpfung, die schließlich weltweit wirksam wird: »Ich sah einen neuen Himmel und eine neue Erde« (Offenbarung 21,1).

Die Frage ist nicht: Was kommt auf uns zu? Sondern: Wer kommt auf uns zu? Die Antwort ist: Er kommt auf uns zu. Wohl dem, der bereit ist.

Dr. Günther Riedl, 30 Jahre Kinderarzt in Uelzen, seit 2020 Öffentlichkeitsarbeiter gegen den Strom, ist Autor der Broschüre »Überwindung der Covid-Folgen«, PDF und Bestellung: https://christen-im-widerstand.de/a6-ratgeber/



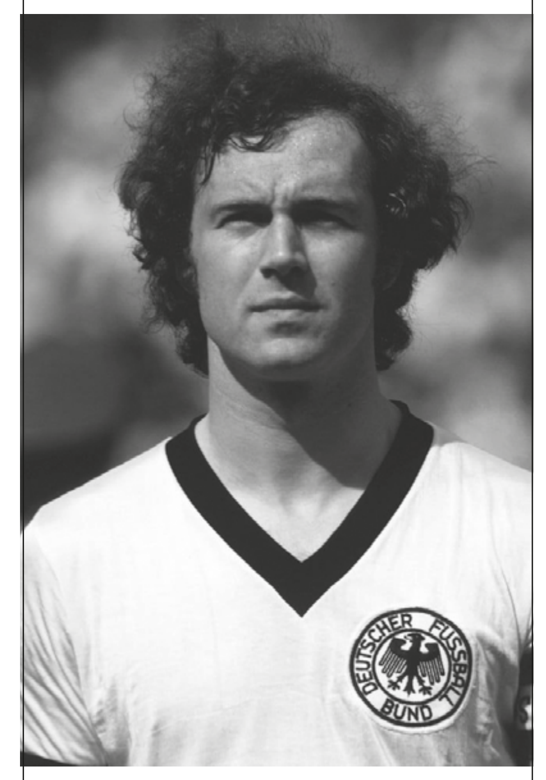
SPORT MIT BERTHOLD

ZUR TRAUERFEIER FÜR KAISER FRANZ

Ich möchte etwas zur Trauerfeier für Franz Beckenbauer in der Allianz-Arena anmerken. Die politische Klasse zeigt sich dem Volk und spricht Franz Beckenbauer fast heilig, was er durchaus verdient hätte. Dabei kommt allerdings diese perfide Scheinheiligkeit ans Tageslicht. Wo waren diese Trittbrettfahrer, als Franz Beckenbauer mit der Affäre rund um das Sommermärchen im Fadenkreuz der Medien stand? Das Gleiche gilt für die gierigen Quotenheinis, die mit ihm jahrzehntelang zusammengearbeitet haben und ihn dann als persona non grata behandelten.

Völlig daneben war auch Uli Hoeneß mit seinem öffentlichen Aufruf gegen die AfD – während einer Trauerfeier! Es ist sicher kein Zufall, dass auf einmal einige Bundesligatrainer aufrufen, unsere Demokratie zu verteidigen. Welche Fragmente der Demokratie meinen die eigentlich? Fussball und Politik müssen getrennt bleiben. Leider sieht die Realität anders aus, man muss sich ja nur den Background des aktuellen DFB-Präsidenten anschauen. Er kommt aus dem Innenministerium von NRW. Auch die mutigen Landwirte in Deutschland sollten sich fragen ob ihre Interessenvertreter in ihrem Sinne handeln, ich glaube es nicht.

Zu verfilzt sind die Strukturen, überall wo man hinschaut. Verbände, Gewerkschaften und so weiter. Ein Pöstchen da, ein Aufsichtsratmandat dort, dann ist es schnell mit der Neutralität und Unabhängigkeit vorbei. Deutschland braucht eine andere Führungskultur und zwar auf allen Ebenen, souverän und mit einer klaren Haltung ausgestattet. Das wünsche ich mir für 2024!



Er gehörte nicht den Besatzern, nicht dem Politikerpack, nicht der Lügenpresse und nicht den Konzernoligarchen. Er war unser Kaiser Franz! #Sieg #Lichtgestalt #FranzBeckenbauer, * 11. September 1945, + 7. Januar 2024.
Foto: Wikimedia/Commons

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»DINGE PASSIEREN NICHT. SIE WERDEN GEMACHT, DAMIT SIE PASSIEREN.« JOHN F. KENNEDY

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*